

# Betriebsräte-Zeitschrift

## für Funktionäre der Metallindustrie

### Aus der Metallarbeiter-Internationale

Rob. Dißmann

Die Wirtschaftskrise Europas beeinflusst in erheblichem Maße die Verhältnisse in den einzelnen Ländern. Das ging auch aus den Länderberichten hervor, die dem Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiter-Bundes in seiner Sitzung am 1. und 2. April d. J. vorlagen. In Deutschland wurde die Eisen- und Metallindustrie durch die Krise besonders getroffen. Rund 22 Prozent unserer Verbandsmitglieder waren im 1. Quartal d. J. als Erwerbslose zu buchen. Davon dürften etwa 19 Prozent auf Arbeitslose, 3 Prozent auf Kranke entfallen. Überaus schwer leidet Österreich, dessen Bruderorganisation 26 Prozent als arbeitslose Mitglieder zählt. Ungarns Metallarbeiterorganisation hat 23 Prozent arbeitsloser Mitglieder. Auch die Verbände der Tschechoslowakei haben unter der Krise zu leiden. Die Wirtschaft in Polen liegt schwer darnieder. Skandinavien wird seit Jahren von der Krise hart bedrückt. Unser Bruderverband in Dänemark hat 26 Prozent arbeitsloser Mitglieder, Schweden 10,8 Prozent (16 Prozent in der Eisen- und Stahlindustrie, 9,3 Prozent in den Maschinenfabriken usw.). Norwegen meldete noch kürzlich steigende Arbeitslosigkeit. Der Holländische Metallarbeiter-Verband zählte 11,4 Proz. seiner Mitglieder als arbeitslos. Von den Mitgliedern des Maschinenbauer-Verbandes in England waren 11,5 Prozent arbeitslos, während die Durchschnittsziffer der Arbeitslosen Englands 15,5 beträgt. Der Beschäftigungsgrad in Belgien und Frankreich wird zurzeit noch durch die sinkende Währung „günstig“ beeinflusst. Doch das hat mit gesunden Wirtschaftsverhältnissen nichts zu tun. Uns sind die Inflationserscheinungen und ihre Nachwirkungen ja aus dem in den letzten Jahren Durchlebten zur Genüge bekannt.

Die in manchen Ländern schon diverse Jahre dauernde Arbeitslosigkeit belastet die Organisationen stark. Die Unternehmer versuchen natürlich in dieser Zeitperiode gegen die Arbeiterorganisationen anzurennen und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Das führte auch im letzten Jahre in verschiedenen Ländern zu Abwehrkämpfen, so u. a. in Österreich, in der Tschechoslowakei, Holland, Dänemark und Belgien. In einigen Fällen haben die dem Internationalen Metallarbeiterbunde angehörenden Verbände den im Kampf stehenden Bruderorganisationen finanzielle Hilfe gewährt. Im besonderen sei erinnert an den Großkampf in Belgien, dessen erfolgreicher Abschluß der guten Organisation und dem tapferen Ausharren unserer belgischen Kollegen sowie der tatkräftigen Hilfe des IWB zu danken war.

Wichtig und notwendig ist ferner, den Maßnahmen der Regierungen und Unternehmer in den einzelnen Ländern besonderes Augenmerk zu schenken. Internationale Orientierung und engstes Zusammenarbeiten der Arbeiterorganisationen ist dringend geboten. Davon ausgehend, behandelte das Zentralkomitee des IWB in seiner letzten Sitzung auch die Umwälzungen in der Eisen- und Metallindustrie und die Folgerungen, die sich daraus für die Arbeiterklasse ergeben. Wir wenden uns nicht gegen technische Fortschritte, sondern haben stets befürwortet, die Entwicklung der Technik in den Dienst der Wirtschaft zu stellen und rückständige Betriebe einer modernen Umgestaltung zu unterziehen. In jüngster Zeit ist man nun in verschiedenen Ländern ebenfalls dabei, Produktionsmethoden nordamerikanischer Großbetriebe auf Europas Industrieländer zu übertragen. So hat denn u. a. auch das sogenannte Band- und Fließsystem in Betrieben der Metallindustrie seinen Einzug gehalten. Noch ist alles in Fluß. Insbesondere in Deutschland steht zurzeit das Schlagwort „Rationalisierung“ im Vordergrund. Daß sich dahinter in manchem Falle recht unsoziale und arbeiterfeindliche Tendenzen verbergen — nicht alles ist als Fortschritt zu buchen — merken die Arbeiter mit jedem Tage mehr. Dabei vergesse man nie: die heutige Wirtschaft ist eine kapitalistische und die jetzigen Besitzer der Produktionsmittel lassen sich bei ihren Maßnahmen nicht etwa leiten vom Allgemeinwohl, sondern ihr Handeln ist mit dem persönlichen Profitinteresse untrennbar verbunden. Wie soll durch die Einführung neuer Arbeitsmethoden usw., durch stärkere Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und die so gesteigerte Produktion die Krise gemildert oder gar beseitigt werden, wenn nicht auch das Einkommen der Schaffenden erhöht, die Verkaufspreise gesenkt und die Kaufkraft der Massen gehoben wird. Ebenso haben die Organisationen darauf zu achten, daß die Arbeitszeit reduziert wird, nicht aber erhöht, wie die Unternehmer verlangen. Diese Gesichtspunkte wurden auch im Zentralkomitee des IWB nachdrücklichst hervorgehoben. Die Organisationen wurden beauftragt, die Verhältnisse in jedem Lande sorgfältig zu beobachten und dem Sekretariat des IWB zu berichten. Die folgende Konferenz wird dann diese Fragen weiter behandeln.

Die nächste Sitzung soll auch Stellung nehmen zu den Arbeiten und Vorschlägen des vom IWB eingesetzten Anti-Kriegskomitees. Die weltwirtschaftlichen und politischen Vorgänge zwingen die Arbeiter aller Länder, auf der Hut zu sein. Eine starke und geschlossene proletarische Internationale ist die beste Sicherung für den Völkerfrieden. Da bleibt noch viel zu tun.

Leider ist unsere internationale Organisation zurzeit besonders schwach in Italien und Frankreich. Wie in Italien der herrschende Faschismus gegen die freien Arbeiterorganisationen wütet, ist bekannt. Und ungeheure Opfer sind es, die von den treugebliebenen Anhängern der proletarischen Internationale — oft unter Einsatz ihres Lebens — gebracht werden. Danken wir den aufrechten Kameraden, die dort unter den schwierigsten Verhältnissen ausharren, so wollen wir mit ihnen hoffen, daß in absehbarer Zeit auch in Italien wieder eine freiere Entfaltung freigewerkschaftlicher Tätigkeit und Wiedererstarbung der Bewegung möglich wird.

Die besonderen Verhältnisse in Frankreich zu erörtern, setzt eine eingehende Behandlung voraus. Umfassende Organisationen und hohe Mit-

gliederzahlen war bis 1914 nie die Stärke der französischen Gewerkschaften. Nach 1918 trat ein erfreulicher Umschwung ein und so hatte auch der französische Metallarbeiterverband in den Jahren 1920/21 rund 300 000 Mitglieder. Doch die folgenden Jahre haben leider unseren Bruderverband in Frankreich durch die eingetretene Spaltung u. a. sehr geschwächt. Es wird ernster und vieler Arbeit bedürfen, um der Organisation die Kraft wiederzugeben, der sie in Erfüllung ihrer Aufgaben bedarf.

Die gegenwärtig schwachen Positionen unserer Bruderverbände in Frankreich und Italien beeinflussen natürlich auch die notwendige internationale Zusammenarbeit. Dabei macht sich auf seiten der Unternehmer ein immer engeres internationales Zusammenarbeiten bemerkbar. Wir brauchen nur hinzuweisen auf die zunehmende internationale Kartellierung in den verschiedenen Industriezweigen, das sich anbahnende Internationale Eisenkartell usw.

Der Internationale Metallarbeiterbund bedarf weiterer Stärkung. Sein Tätigkeitsgebiet kann sich nicht auf Europa beschränken. Er muß zum Weltbund werden. Von diesem Bestreben geleitet, entsendet der IWB im Herbst dieses Jahres eine Kommission von 4 Kollegen nach Nordamerika, um mit den Vertretern der nordamerikanischen Metallarbeiterorganisationen zu verhandeln und die dortigen Verhältnisse näher kennen zu lernen. Die notwendigen Vorbereitungen sind getroffen. Hoffentlich bleibt diesen Bemühungen ein Erfolg nicht versagt. Die große Bedeutung Nordamerikas in der Weltwirtschaft — seine Eisen- und Stahlproduktion umfaßt rund die Hälfte der Welt — weist auch gleichzeitig auf die zwingende Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit mit den amerikanischen Arbeitergewerkschaften hin.

Vom Russischen Metallarbeiterverband lag dem Zentralkomitee des IWB ein Schreiben vor, worin der Wille zum Eintritt in den IWB betont und eine Besprechung über die Frage der Aufnahme vorgeschlagen wurde. Das Zentralkomitee des IWB stimmte der vom Sekretär Kollegen Jlg erteilten Antwort zu. Findet die nachgesuchte Besprechung statt, so müssen die mit dem Aufnahmegesuch zusammenhängenden Fragen geklärt werden. Dazu gehört die Sicherung einer gedeihlichen Zusammenarbeit, die organisatorische Abspaltung eines Teiles der Metallarbeiter in verschiedenen Ländern, die Zugehörigkeit der russischen Metallarbeiter zur Roten Gewerkschaftsinternationale und auch das seitherige Verhältnis zwischen Moskau und Amsterdam. Sind diese Fragen geklärt, werden Sekretär und Vollzugsausschuß dem Zentralkomitee des IWB berichten. Wir wollen und müssen die einheitliche Zusammenfassung aller internationalen proletarischen Kräfte fördern. Die Basis dafür ist gegeben für die Metallarbeiter im IWB, für die Landesorganisationen (deren Glieder wir sind) im IWB. Gesinnungszwang ist uns fremd. Wir achten die Auffassung und Überzeugung der einzelnen Glieder der Internationale. Doch jeder Landesverband muß sich eingliedern in den Rahmen der von uns selbst gegebenen internationalen Organisation, die mit auszubauen und zu bessern wir alle einladen, die gewillt sind, in ehrlichem, aufrichtigem Tun der gesamten proletarischen Klasse zu dienen.

# Endgültige Abschaffung des Achtstundentags?

## Zum Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes

Tony Sender

### III.

Am befriedigendsten ist im Entwurf die Regelung des weiteren Verbots der Nachtarbeit in den Bäckereibetrieben. Sie entspricht etwa dem zurzeit bestehenden Zustand und sichert diesen durch gesetzliche Festlegung.

Auch die Vorschriften über die Durchführung der Arbeitszeit lehnen sich an die zurzeit geltenden an. Das bedeutet, daß durch Aushang Beginn und Ende der regelmäßigen Arbeitszeit und die Pausen bekanntzugeben sind, daß ein genaues Verzeichnis der geleisteten Überarbeit zu führen und dem Aufsichtsbeamten vorzulegen ist, ebenso ein Verzeichnis der Jugendlichen unter 16 Jahren, während die Beschäftigung männlicher Arbeitnehmer unter 18 Jahren und weiblicher Arbeitnehmer dem Arbeitsaufsichtsamt schriftlich anzuzeigen ist. Freilich — all diese Verpflichtungen gelten nicht für Betriebe, die weniger als fünf Arbeitnehmer beschäftigen. Diese Unterscheidung zwischen Groß- und Kleinbetrieben bewirkt selbstverständlich einen verminderten Schutz für die in Kleinbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer, obwohl zuweilen gerade dort ein erhöhter Schutz am Platze wäre. Ist doch dort, wo Arbeitnehmer in großen Massen beschäftigt werden, ihr Einfluß schon ohnehin größer, so daß sie dort oft leichter durch ihre Solidarität sich selbst den notwendigen Schutz erkämpfen können. Des gesetzlichen Schutzes in erhöhtem Maße aber bedarf der isoliert im Kleinbetrieb Arbeitende — gerade ihm aber wird er versagt. Geht man dabei etwa von der Erwägung aus, daß der Kleinbetrieb sich im schweren Konkurrenzkampf oft nur schlecht behaupten kann und ihm gegenüber deswegen nicht so rigoros vorgegangen werden dürfe? Dagegen müßte sich alle wirtschaftliche Vernunft entschieden wenden. Denn man kann nicht auf die Dauer künstlich aufrecht erhalten, was durch die Entwicklung verurteilt ist. Ist dies schon aus technisch evolutionistischen Gründen nicht möglich, so ist es noch widersinniger, es auf Kosten der Arbeitnehmer dennoch versuchen zu wollen. Man wiederholt uns ja gerade in den letzten Monaten immer wieder, daß wir es mit einer Sanierungskrise zu tun hätten und darum die schwere Not langandauernder Erwerbslosigkeit ertragen werden müsse. Verlangt man aber von der Arbeiterschaft Opfer, um diesem Prozeß seinen Lauf zu lassen, mit welchem Recht will man da zu retten versuchen, was sich an kleinen Unternehmungen gegen den Gang der Entwicklung nicht zu behaupten vermag ohne vermehrte Ausbeutung? Es ist nur logisch, den Arbeiterschutz in gleicher Weise auf sämtliche Beschäftigte auszudehnen. Und das fordern wir.

Sehr eingehend sind die Vorschriften über die

### Sonntagsruhe.

Aber die Ausführlichkeit der Bestimmungen ist nicht notwendig geworden, um den Schutz recht lückenlos zu gestalten — vielmehr gilt hier das gleiche, wie für den ersten Abschnitt: Das Prinzip ist festgelegt, um nachher durch eine lange Reihe von Ausnahmen durchbrochen zu werden.



Zunächst kommen die Betriebe mit durchgehender Arbeitszeit. Dort darf bei zwei aufeinanderfolgenden Festtagen — mit Ausnahme des Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfestes — die Beschäftigung schon nach 36 Stunden, jedoch frühestens um 6 Uhr abends des zweiten Tages wieder aufgenommen werden.

**Regelmäßige Sonntagsarbeit** soll nach dem Entwurf zulässig sein

- a) in kontinuierlichen Betrieben;
- b) in Unternehmungen des Verkehrsgewerbes sowie des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes;
- c) für Vorbereitungs- und Hilfsarbeiten;
- d) bei der Bewachung von Betriebsanlagen.

Eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit soll dadurch allerdings nicht eintreten. Auch damit wäre theoretisch der wöchentliche Ruhetag noch gesichert, praktisch liegen die Verhältnisse indessen viel problematischer, da es außerordentlich schwer für die Arbeitsaufsicht sein dürfte, die regelmäßige Einräumung eines wöchentlichen Ruhetages zu überwachen, wenn eine gleichmäßige Regelung nicht gegeben ist.

Weit darüber hinaus aber geht der Paragraph, der dem Arbeitsminister das Recht gibt, **kraft Verordnung**, der nur der Reichsrat zustimmen hätte, die Beschäftigung von Arbeitnehmern zuzulassen in Gewerben, deren Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse erforderlich ist. Ausgeschlossen sollen hierbei nur offene Verkaufsstellen und die Herstellung von Back- und Konditorenwaren sein. Die ganze Terminologie dieser Ausnahmebestimmung erinnert nur zu stark an die Argumentation, die vor Einführung der allgemeinen Sonntagsruhe gang und gäbe war. Die hierin erteilte Vollmacht an den Arbeitsminister aber ist so vage und kautschukartig abgefaßt, daß sie der Auslegungsfähigkeit kaum Grenzen setzt. Das Beispiel insbesondere Englands aber beweist, daß die Bedarfsdeckung sich der allgemeinen Sonntagsruhe durchaus anzupassen vermag. Vor allem aber müßte klar präzisiert werden, an welche Beschäftigungsarten hierbei gedacht ist, so daß die Volksvertretung selbst in eine Prüfung eintreten und etwa erforderliche Bestimmungen erlassen kann.

Eine weitgehende Verschlechterung des derzeitigen Zustandes aber bedeuten die Bestimmungen über

### Ausnahmen für offene Verkaufsstellen.

In diesen offenen Verkaufsstellen einschließlich derjenigen der Konsumvereine und ähnlicher Vereine kann die Beschäftigung an Sonn- und Festtagen zugelassen werden

1. für Verkaufsstellen, die ganz oder überwiegend dem Verkauf von Waren zur Befriedigung täglicher oder an Sonn- und Festtagen besonders hervortretender Bedürfnisse dienen;
2. auch für andere Verkaufsstellen, soweit der Verkauf infolge weitläufiger Siedlung zur Versorgung der Landbevölkerung nötig ist, In diesem Falle darf die Beschäftigung höchstens zwei Stunden betragen;
3. für Verkaufsstellen aller Art an bestimmten Sonn- und Festtagen, an denen besondere Verhältnisse einen erweiterten Geschäftsverkehr erfordern. In den Ausführungsbestimmungen heißt es dann weiter, daß die Ortspolizei Beschäftigung

für sechs Sonn- und Festtage zulassen kann, die oberste Landesbehörde aber für weitere vier Sonn- und Festtage. Die Dauer der Beschäftigung darf sechs Stunden betragen, soweit sie jedoch mit Ausnahmen unter 1. und 2. zusammenfällt, sogar acht Stunden.

Im allgemeinen ist die Beschäftigung nach 6 Uhr abends nicht zulässig, nur im Falle der Nr. 3 an höchstens drei Sonntagen bis 7 Uhr abends.

Hierbei ist vermischt die wirkliche Ausnahme mit der regelmäßigen Durchbrechung und das Rückschrittliche wird durch die weitere Bestimmung betont, daß der Reichsarbeitsminister, wiederum nur zusammen mit dem Reichsrat, anordnet, welche Waren unter die Ausnahme Nr. 1 fallen und auf welche Betriebe der ganze Paragraph Anwendung findet, schließlich aber auch, ob durch diese Sonntagsarbeit eine regelmäßige Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit eintritt. Wie will man aber dies rechtfertigen? Wird es schon schwer fallen, den Nachweis zu führen, daß in Deutschland die völlige Sonntagsruhe in allen Verkaufsstellen nicht durchführbar sei, so dürfte auch bei allem Bemühen kein triftiges Argument dafür anzuführen sein, daß die Anrechnung solcher Sonntagsarbeit auf die wöchentliche Arbeitszeit unmöglich wäre. Wie ja überhaupt das Charakteristische an diesem ganzen Entwurf das heiße Bemühen ist, durch ein ausgetüfteltes System von Maßnahmen das prinzipiell Gewährte auf dem Wege von Ausnahmen wieder zu nehmen.

Eine Reihe weiterer Ausnahmen ist für Notfälle und außergewöhnliche Fälle gewährt, in letzteren Fällen jedoch nur, sofern Rohstoffe zu verderben oder Arbeitserzeugnisse zu mißlingen drohen.

### Zeitweilige Sonntagsarbeit

Soll kraft Verordnung zugelassen werden für Gewerbe, deren Ausübung auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt ist oder die zu gewissen Zeiten starke Arbeitshäufung haben. Welche Gewerbe mögen dies sein? Der Reichsarbeitsminister bestimmt — so heißt es kategorisch im Entwurf! Noch eine weitere Kategorie hat man herausgefunden: Betriebe, in denen ausschließlich oder vorwiegend Wind und unregelmäßige Wasserkraft als Triebkraft benutzt werden. Der in solchen Betrieben beschäftigte Arbeitnehmer wird also am Sonntag morgen zunächst mal seinen Kopf in die Luft stecken dürfen, und wenn ihn die Luft umfächelt, dann wird er traurig werden, denn dann ist's aus mit den Sonntagsfreuden. Und solches soll geschehen im 20. Jahrhundert, im Zeitalter der Elektrizität und des Radio...

Weiter kann die Sonntagsarbeit zugelassen werden für das **Expeditions- und Schiffsmallegewerbe** und für die Abfertigung und die Expedition von Gütern. Selbst für einzelne Betriebe kann die Landesbehörde Ausnahmen zulassen. Nach den Vereinbarungen von London scheint ja festzustehen, daß der deutsche Arbeitsminister mit seiner Auffassung nicht durchzubringen vermochte, als sei das Verkehrsgewerbe überhaupt aus der Achtstundentagsbestimmung auszulassen. Soweit in solchen Betrieben Mehrarbeit erforderlich wird, ist sie als Überarbeit mit Aufschlag zu bezahlen. Dementsprechend wird das Reichsarbeitsministerium auch die eben erwähnte Bestimmung abzuändern haben. Insbesondere gilt dies für das Schiffsmallegewerbe, das überhaupt aus den Ausnahmen zu verschwinden haben wird und dessen Er-

scheinen in dem obigen Paragraphen man sich ohnehin nur dadurch zu erklären vermag, daß diese Berufsgruppe sehr eifrige Fürsprecher bis zum Arbeitsministerium vordringen zu lassen verstand.

Auch bei außergewöhnlicher Häufung der Arbeit innerhalb eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung, wenn sonst ein unverhältnismäßiger auf andere Weise nicht zu verhütender Schaden entstehen würde, kann das Arbeitsaufsichtsamt die Sonntagsarbeit zulassen; dieses Amt bestimmt zugleich, in welchem Umfange dadurch die Verlängerung der Wochenarbeitszeit zulässig ist. Bezogen sich die bisher erwähnten Ausnahmen hauptsächlich auf die Angestellten und insbesondere die Verkaufstätigkeit, so mögen die reinen Handarbeiter aus der eben erwähnten Ausnahme erkennen, daß eines das andere nach sich zieht. Würde man es zulassen, daß für weite Angestellten-schichten durch ein wahres System von Ausnahmen die Sonntagsruhe illusorisch gemacht würde — auf die Dauer könnte dies nicht ohne Folgen für die Arbeiter sein. Daraus bestätigt sich nur erneut, wie eng die Angestellten- und Arbeiterinteressen miteinander verkettet sind.

Eine **Einschränkung des Geltungsbereiches** soll dadurch erfolgen, daß das Pflegepersonal in Krankenpflegeanstalten von der ganzen Regelung ausgeschlossen bleibt. Der Reichsarbeitsminister kann auch für diese Berufsschicht Bestimmungen über Arbeit an Sonn- und Festtagen und die zu gewährende Ruhezeit erlassen. Das aber bedeutet eine Verschlechterung des derzeitigen Zustandes. Wenigstens für das nichtbeamtete Pflegepersonal besteht gegenwärtig noch eine Verordnung, nach der die Wochenarbeitszeit 60 Stunden nicht überschreiten darf. Ist dies auch noch viel zu lange, so bedeutet diese Verordnung dennoch einen Segen gegenüber tatsächlicher Beschäftigungsdauer von weit über 100 Stunden wöchentlich bei beamtetem Pflegepersonal, für das bisher eine gesetzliche Regelung nicht bestand. Sowohl im Interesse des Personals, ebenso sehr aber auch in demjenigen der zu betreuenden Kranken darf man sich mit dieser „Kann“-Bestimmung nicht begnügen, vielmehr ist zu fordern, daß mindestens die für die Nichtbeamteten noch bestehende Verordnung in das Arbeitsschutzgesetz aufgenommen und zugleich auf die Beamteten übertragen wird.

Die Bestimmungen über den

### Ladenschluß

fordern, daß offene Verkaufsstellen an Werktagen nur von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein dürfen. Die Reihe der Ausnahmen hiervon lautet:

1. daß offene Verkaufsstellen aller oder einzelner Geschäftszweige an höchstens zwanzig Tagen jährlich über 7 Uhr abends hinaus, jedoch längstens bis 9 Uhr abends geöffnet sein dürfen;
2. daß offene Verkaufsstellen, die ganz oder überwiegend Lebensmittel oder Tabakwaren verkaufen, schon vor 7 Uhr und frühestens von 5 Uhr ab geöffnet sein dürfen;
3. daß offene Verkaufsstellen dauernd oder zu bestimmten Zeiten schon vor 7 Uhr abends, jedoch frühestens um 6 Uhr abends geschlossen sein müssen.

Das erste Mal, daß der Entwurf in einer Ausnahme auch die Möglichkeit einer Verbesserung im Sinne der Arbeitnehmer zuläßt, ist der Fall sub 3. Er sieht vor, daß durch Ortsstatut, falls zwei Drittel der beteiligten Gewerbetreibenden sich dafür aussprechen, auch der Sechsuhr-Ladenschluß an-

geordnet werden kann. Wir wollen diese erste und einzige Ausnahme zugunsten der Arbeitnehmer gerne verzeichnen, können aber darum doch nicht der allgemeinen Öffnung der Verkaufsstellen ab 5 Uhr morgens zustimmen; auch hierbei ist zu bemerken, daß sich die Bevölkerung sehr wohl an die Eindeckung des Bedarfs am Vortage gewöhnen kann, auch bei Lebensmitteln, mit einziger Ausnahme der Milch, für die eine besondere Regelung Platz greifen mag. Gehört aber wirklich der Tabak auch zu dem Lebenswichtigsten? Die Arbeitskollegen werden soviel Solidarität mit den im Tabakgewerbe Beschäftigten schon aufbringen können, um ihre Einkäufe jeweils im Laufe des Tages vorzunehmen.

Bezüglich der Ausnahme unter 1. vermessen wir die Bestimmung, daß diese Mehrarbeit als Überarbeit mit einem Aufschlag zu vergüten ist. Denn es ist doch nicht einzusehen, warum der vermehrte Umsatz wohl von dem Arbeitnehmer zu bewerkstelligen ist, aber der Profit aus dieser Umsatzerhöhung ausschließlich dem Unternehmer zukommen soll. Ebensowenig, wie ein Grund dafür angeführt werden könnte, daß Vergütung von Mehrarbeit nur an Handarbeiter erfolgen soll. Sind doch unter den Angestellten die Mehrzahl der unteren Gruppen und damit die Mehrheit der Beschäftigten überhaupt nicht besser, ja zum Teil noch schlechter bezahlt, als die Arbeiter. Auch für sie bleibt die Forderung zu Recht bestehen: Für erhöhte Leistung entsprechend erhöhter Lohn.



## Die Welteisenkonjunktur und das europäische Eisenkartell

Dr. Judith Grünfeld (Genä)

Die Vorgänge auf den Eisenmärkten und der internationale Zusammenschluß der Eisenindustrie können nicht aufmerksam genug verfolgt werden. In keinem anderen Wirtschaftszweige treten die Folgen der Zerstückelung Europas und die Auswirkung des wirtschaftlichen Nationalismus so klar zutage, wie gerade in der Eisenwirtschaft. Trotzdem der relative Anteil der Eisenproduktion innerhalb der Rohstoffherzeugung der Welt im Vergleich zur Vorkriegszeit erheblich zurückgegangen ist, trotzdem ein großes Überangebot an Eisenerzeugnissen, das etwa um 30 bis 40 Prozent den gegenwärtigen Weltbedarf übersteigt, vorliegt, sind die Schwerindustriellen mit immer größerem Erfolge bestrebt, die gesamte Wirtschaft im eigenen Interesse zu lenken. Würde dieses ungünstige Verhältnis von Angebot und Nachfrage sich halbwegs frei auswirken können, so müßten die Eisenpreise sinken und das könnte eventuell eine Belebung der wirtschaftlichen Konjunktur in Europa auslösen. Die gesteigerte Nachfrage nach Eisenerzeugnissen würde in diesem Falle mit der Zeit eine Befestigung der Eisenpreise herbeiführen. Statt dessen wird aber durch die Politik der Eisenkartelle, die von Deutschland aus ihren Siegeszug über ganz Europa halten, der wirtschaftliche Kreislauf auf den Kopf gestellt, indem die Produktion künstlich eingeschränkt und die Zufuhr durch Schutzzölle ferngehalten wird, um die Preise möglichst hochzuhalten.

In den Nachkriegsjahren war die Schwerindustrie überall geradezu von einer Expansionswut befallen. Die Produktionsfähigkeit ist insollgedessen



überall stark gestiegen, trotzdem die Nachfrage nach Eisen- und Stahlerzeugnissen in Europa infolge der Abnahme der Rüstungen, des Daniederliegens der Bautätigkeit und der allgemeinen industriellen Krise stark zurückgegangen ist. Nicht nur die überseeischen Agrarstaaten, sondern auch die neugeschaffenen europäischen Kleinstaaten waren ihrerseits bestrebt, sich eigene Eisenindustrien zuzulegen bzw. die etwa vorhandenen Betriebe auszubauen. Wie rapid der Wiederaufbau der Eisenindustrie nach den Verlusten, die durch den Versailler Vertrag verursacht wurden, in Deutschland vor sich ging, kann man daraus ersehen, daß zum Beispiel nach ganz bescheidenen Schätzungen die deutschen Anlagen für Rohstahl seit 1919 bis Januar 1925 um mindestens 24 Prozent erweitert wurden. In Wirklichkeit ist der gesamte Produktionsapparat der deutschen Eisenindustrie, wie wir weiter an der Hand der Produktionsstatistik sehen werden, viel stärker angewachsen. Auch in England ist die Produktionsfähigkeit der Stahlwerke gestiegen, u. a. auch deswegen, weil infolge des U-Bootkrieges die Zufuhr überseeischer phosphorfreier Erze unterbunden wurde und es mußten neue Stahlwerke errichtet werden, um die Verarbeitung phosphorreicher inländischer Erze zu ermöglichen. In Frankreich, wo im Monatsdurchschnitt des Jahres 1913 pro Kopf der Bevölkerung auf dem damaligen Gebiet 11 Kilogramm Roheisen erzeugt wurden, erreichte im Januar d. J. die Quote pro Kopf (auf dem gegenwärtigen Gebiete) 19,5 Kilogramm, was eine Steigerung von 77 Prozent ergibt. Die französische Rohstahlgewinnung ist zur gleichen Zeit von 9,8 auf 16,9 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung gestiegen.

Von den 208 in Deutschland vorhandenen Hochöfen mit einer Tageskapazität von zirka 50 500 Tonnen waren Ende Januar 1926 nur 84 Hochöfen in Tätigkeit, wobei die durchschnittliche Tageserzeugung an Roheisen 22 241 Tonnen betrug. Es wurde also nur 44 Prozent der deutschen Gesamtkapazität erreicht, wobei aber 76,5 Prozent der Roheisenerzeugung im Monatsdurchschnitt 1913 (auf dem damaligen Gebiete) erzielt wurde. Unter Ausnutzung des gesamten Produktionsapparates könnte Deutschland gegenwärtig in den jetzigen Reichsgrenzen über 1,3 Millionen Tonnen Roheisen monatlich erzeugen, das heißt um zirka 33 Prozent mehr als auf dem alten Reichsgebiete im Monatsdurchschnitt 1913 erzeugt wurde. Man kann daraus ersehen, wie verhältnismäßig stark die Produktionsfähigkeit inzwischen angewachsen ist.

Von den 1358 Hochöfen, die in Deutschland, England, Frankreich, Belgien, den Vereinigten Staaten und Kanada zu Beginn dieses Jahres vorhanden waren, waren Ende Januar nur 611 Hochöfen, also weniger als die Hälfte, in Tätigkeit. Die Roheisenerzeugung der genannten Länder war aber trotzdem im Januar d. J. größer als im Monatsdurchschnitt 1913, und zwar betrug sie 5,5 Millionen gegenüber 5,3 Millionen Tonnen. In den einzelnen Ländern betrug die Roheisenerzeugung wie folgt (in 1000 Tonnen):

	Deutschland <sup>1</sup>	England	Frankreich <sup>2</sup>	Belgien	Ver. Staaten
im Monatsdurchschnitt 1913	910	869	756	207	2 622
" " 1925	848	528	706	212	3 082
" Januar 1926	689	542	763	188	3 869 <sup>3</sup>

<sup>1</sup> Gegenwärtiges Reichsgebiet ohne Saargebiet. <sup>2</sup> Jetziges Gebiet.

<sup>3</sup> Wirtschaft und Statistik, 1. Märzheft 1926.

Selbst wenn man die Vereinigten Staaten, deren Roheisenerzeugung im Januar d. J. um mehr als 28 Prozent den Monatsdurchschnitt von 1913 übertraf, ausschließt und nur die wichtigsten europäischen Länder in Betracht zieht, so ergibt sich, daß Deutschland, England, Frankreich und Belgien im Januar d. J. 2,1 Millionen Tonnen Roheisen gegenüber 2,7 Millionen Tonnen im Monatsdurchschnitt 1913 erzeugt haben, was 77,8 Prozent der Friedensproduktion gleichkommt, wobei nur zirka 42 Prozent der in diesen Ländern vorhandenen Hochofen in Tätigkeit waren.

Eine Ausnahme im Rahmen der Weltwirtschaft bietet die russische Eisenindustrie, deren Produktionskapazität und Roheisenerzeugung immer noch, trotz merklichen Anstrengungen, erheblich hinter dem Vorkriegsniveau zurückliegen. Die russische Eisenindustrie ist daher nicht imstande, die effektive heimische Nachfrage zu befriedigen. Wäre die Sowjetregierung finanziell in der Lage, den immensen Bedarf der russischen Volkswirtschaft an Eisen- und Stahlerzeugnissen wenigstens zum größten Teil im Auslande zu decken, so würde dadurch ein Ventil für die überexpansionierte Eisenindustrie geschaffen.

Betrachtet man die Stahlerzeugung in den ausschlaggebenden Ländern, so steht trotz der europäischen Wirtschaftskrise einer Produktion von 5,1 Millionen Tonnen Stahl im Monatsdurchschnitt 1913 eine Produktion von 7,3 Millionen Tonnen im Monatsdurchschnitt 1925 und von 6,6 Millionen Tonnen im Januar dieses Jahres gegenüber. Wie man sieht, übertraf die Stahlproduktion im Monatsdurchschnitt des verflossenen Jahres erheblich die durchschnittliche Monatsproduktion im Jahre 1913, das bekanntlich ein Hochkonjunkturjahr war. Nach einzelnen Ländern stellt sich die Stahlerzeugung folgendermaßen dar (in 1000 Tonnen):

	Deutschland	England	Frankreich	Belgien	Luxemburg	Ver. Staaten
Monatsdurchschnitt 1913	981	649	581	205	99	2650
" 1925	1016	626	618	201	174	3741
Januar 1926	791	646	661	116	174	4220

Die deutsche Stahlerzeugung hat somit trotz der Zuspitzung der Wirtschaftskrise im letzten Quartal 1925 im Monatsdurchschnitt des verflossenen Jahres die Vorkriegsproduktion auf dem gegenwärtigen Reichsgebiet überschritten, im Januar dieses Jahres aber ist ein bedeutender Rückgang zu verzeichnen und die Rohstahlgemeinschaft hat bekanntlich die Produktion seit geraumer Zeit um 35 Prozent eingeschränkt. In England dagegen und selbstverständlich in Frankreich lag die Stahlerzeugung im Januar d. J. über dem Monatsdurchschnitt des verflossenen Jahres, was mit der leichten Besserung der Lage der englischen Eisenindustrie seit November 1925 zusammenhängt. Während aber die Rohstahlerzeugung im Januar d. J. in England fast die Vorkriegshöhe erreichte, blieb die Roheisenerzeugung gleichzeitig, trotzdem auch hier eine gewisse Besserung zu verzeichnen war, um 37,6 Prozent hinter dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1913 zurück, was auf den starken Roheisenbezug aus Frankreich und dem gesteigerten Schrotverbrauch zurückzuführen ist. Die auffallende Steigerung der Stahlproduktion in den Vereinigten Staaten widerspiegelt klar die amerikanische Hochkonjunktur. Allerdings machte sich Ende Januar bereits ein leichter Rückgang der Aufträge beim Stahlruß bemerkbar.

Die gesteigerte Produktionsfähigkeit der europäischen Eisenindustrie be-

rechtigt zur Frage, wie hat es denn das verarmte Europa zustande gebracht, den Produktionsapparat der Eisenindustrie zu vergrößern, um ihn dann zu einem großen Teil stillzulegen, das heißt das darin investierte Kapital volkswirtschaftlich zu mißbrauchen, während es in anderen Wirtschaftszweigen nicht lähmend, sondern belebend wirken könnte? Diese Frage ist nirgends so angebracht, wie in Deutschland, das schwer unter der Kapitalnot leidet. Mit Hilfe der Papiermarktlöhne, der Abtragung der Schulden in entwerteter Währung, der Immobilisierung des Betriebskapitals durch die Flucht in die Sachwerte und eine entsprechende Preispolitik der mächtigen Kartelle hat die deutsche Schwerindustrie aus den Kanälen der Wirtschaft das zur Erweiterung des Produktionsapparats nötige Kapital hinausgepumpt. Breite Schichten der Bevölkerung wurden durch die Inflation tatsächlich enteignet, die großen Massen der Verbraucher ausgehungert, die allgemeine Kaufkraft tief heruntergedrückt, der Produktionsapparat der Schwerindustrie aber ungebührlich in die Höhe getrieben. Die Kluft zwischen Produktions- und Absatzmöglichkeit vertiefte sich immer mehr. Die ausgeblasenen Hochöfen und die stillgelegten Betriebe bestätigen gegenwärtig nur die einleuchtende Tatsache, daß man nicht ungestraft die **Produktionsfähigkeit** auf Kosten der **Verbrauchsmöglichkeit**, das heißt der Kaufkraft der Massen steigern könne. In Wirklichkeit aber fällt dem deutschen Verbraucher auch gegenwärtig die ganze Last dieser verkehrten Expansionspolitik zu. In seiner Untersuchung über die Roheisenpreise stellt J. W. Reichert fest, daß es im jetzigen Reichsgebiet Hochöfen gebe, die bis 40 Prozent unwirtschaftlicher arbeiten, als die besten Werke. Solche und ähnliche Hochöfen werden offenbar nur durch die große Kartellrente am Leben erhalten und verteuern selbstverständlich die Eisenproduktion. Wie es in den Kartellen zugeht, schildert Felix Pinner treffend im „Berliner Tageblatt“ vom 20. März d. J., wo er u. a. folgendes ausführt:

„Statt die überschüssigen und zum Teil veralteten Produktionsanlagen abzuschreiben — falls noch der alte kapitalistische Grundsatz Geltung hätte, daß der Unternehmer, der die Früchte erfolgreicher Produktionstätigkeit für sich in Anspruch nimmt, auch das Risiko verfehlter Dispositionen und Expansionen selbst zu tragen hat —, legt man sie still und sorgt durch die Verknappung des Angebots und die dadurch ermöglichten Preissteigerungen dafür, daß sich diese eigentlich überhaupt nicht existenzfähigen und existenzberechtigten Anlagen trotzdem für die Produzenten rentieren.“

Man wird wohl aus diesen Gründen der Produktionsverbilligung, die der neugegründete große Montantrust durch Modernisierung der Betriebe in Aussicht stellt, skeptisch gegenüberstehen müssen, insofern als auch hier wohl die Preise nicht nach den rationalisierten, sondern, der üblichen Praxis gemäß, nach den teurer arbeitenden Betrieben sich richten werden. Eine Preisverbilligung für die Verbraucher ist dadurch ja noch gar nicht gewährleistet. Hierin liegt ja die enorme volkswirtschaftliche Tragweite des Kartellproblems. Die starken Preissteigerungen um 25 bis 37 Prozent, die die Eisengroßhändlerkartelle im Februar d. J. in großen Teilen Deutschlands vorgenommen haben, bieten ebenfalls ein krasses Beispiel der Kartellpraxis. Die Ausschaltung des freien Wettbewerbes gewährt eben die Möglichkeit der freien ungehinderten Preissteigerung. Durch die fortschreitende internationale Kartellierung der Eisenindustrie soll diese Praxis nun auf ganz Europa

ausgedehnt werden. Zur gleichen Zeit, als in Genf der Völkerbund tagte, versammelten sich in Paris die Vertreter der europäischen Schwerindustrie und verstanden es, ihre Bestrebungen mit größerem Erfolg in die Tat umzusetzen. Das internationale Schienensyndikat wurde unter der Beteiligung der deutschen, französischen, belgischen, luxemburgischen und englischen Industrie neu gegründet. Gleichzeitig haben sich die deutschen und französischen Schwerindustriellen dahin geeinigt, daß die französischen, lothringischen und luxemburgischen Werke dem deutschen Roheisenverband für die Dauer von 5 Jahren jährlich eine bestimmte Tonnenzahl an Roheisen und eine gewisse Menge Halbzeug liefern sollen. Durch die Abnahme dieses Quantum, das übrigens an die deutsche eisenverarbeitende Industrie nur durch Vermittlung der Rohstahlgemeinschaft zu dem von dieser festgesetzten Preise gelangen kann, ist die deutsche Schwerindustrie bestrebt, die französische Konkurrenz sowohl auf dem Weltmarkte als auch auf dem deutschen Innenmarkte auszuschalten. Gleichzeitig ist die deutsche Schwerindustrie damit beschäftigt, die Saartwerke, die bisher sich der französischen Eisenindustrie angeschlossen haben, den deutschen Verbänden einzugliedern, wodurch der Wettbewerb auch von dieser Seite verhindert wird. Darüber hinaus werden Verhandlungen über eine internationale Vereinbarung geführt, die die Einschränkung der Roheisen- und Rohstahlerzeugung nach dem Vorbild der deutschen Rohstahlgemeinschaft zum Ziele hat. Dadurch würde der Ring geschlossen und der gegenwärtigen Konkurrenz auf dem Weltmarkt ein Ende bereitet. Der Wettbewerb soll durch die monopolistische Beherrschung der Marktlage abgelöst werden. Die internationale Kartellierung verschafft der Schwerindustrie eine Macht- und Monopolstellung, die weit über die rein wirtschaftliche Bedeutung dieses Produktionszweiges hinausragt. Nachdem die Produktion und der Absatz durch die internationalen Kartelle geregelt werden und die Fäden der europäischen Wirtschaft in den Händen der Schwerindustriellen zusammenlaufen sollen, werden die Eisenzölle vollends widersinnig. Die Vertreter der europäischen Regierungen, die gegenwärtig Handelsvertragsverhandlungen führen, warten aber bescheiden und respektvoll ab, bis die Herren von der Schwerindustrie sich einigen und die Parole erteilen werden. Soll man sich nun von den internationalen Kartellen, diesen Neuschöpfungen des modernen Kapitalismus, die Gesundung der europäischen bzw. der deutschen Wirtschaft versprechen? Die europäische Arbeiterschaft hat allen Grund, diesen Machtzentren der Bourgeoisie mit größtem Mißtrauen und Kampfbereitschaft entgegenzusehen.

\*\*\*

## Ronjunkturlage und Ronjunkturforschung

F. Petrich (Gera)

Da sage noch einer, wir machten keine Fortschritte: Wenn der Chorus der Wirtschaftssachverständigen recht hat, sind wir in einem Abflauen der Krise begriffen und zur Ronjunkturforschung liegt das erste umfangreiche Werk der Ronjunkturstelle des Reichsstatistischen Amtes vor. Es lohnt sich, zu beiden einiges zu sagen.

Aus manchen Symptomen des Ronjunkturablaufs kann man unter Umständen schließen, daß eine Besserung der Wirtschaftslage eingetreten oder



nächstens zu erwarten sei. Die Zahl der Erwerbslosen ist im März nicht mehr weiter gestiegen, sie ist um 40 000 zurückgegangen. Aber man muß, um sich vor Illusionen zu hüten, diesen Rückgang etwas genauer ansehen. Einmal ist er bei einem Arbeitslosenheer von mehr als 2 Millionen recht geringfügig, steht in keinem Verhältnis zu der sprunghaften Steigerung in den vorausgegangenen Monaten, und zum andern werden von der minimalen Besserung Wirtschaftszweige berührt, die für das allgemeine Konjunkturbild nicht von entscheidender Bedeutung sind, Landwirtschaft und Baugewerbe. In der Industrie selbst, namentlich in der Montanindustrie, hält die Stockung an, vielfach tritt noch eine weitere Verschärfung der Krise ein. Aber auch die Zahl der Konkurse und Geschäftsauffichten ist im Laufe des März um ein Geringes zurückgegangen; so zum Beispiel hatten wir in der zweiten Märzwoche nur noch 433 Konkurse gegen 475 und 495 in den beiden vorausgegangenen Wochen. Aber auch diese Erscheinung ist kein sicheres Zeichen des Konjunkturumschwunges, denn in dem Tempo, wie im Dezember, Januar und Februar, kann die Steigerung der Konkursziffern unmöglich weitergehen. Die Frage dürfte nunmehr so zu stellen sein, wie lange die Krise den Grad ihrer gegenwärtigen Schärfe behalten dürfte.

Diese Frage kann nur beantwortet werden, wenn man die Ursachen der Krise und die Möglichkeiten ihrer Behebung ins Auge faßt. Die Ursachen sind im wesentlichen in dem Gegensatz zwischen der vorhandenen Produktionsfähigkeit und den gegebenen Absatzbedingungen zu suchen. Da besonders während der Krise eine Rationalisierung der Produktion, das heißt eine Verbilligung eingetreten ist, hätte dieser Gegensatz durch einen wirksamen Preisabbau gemildert werden können. Davon ist aber nichts oder so wenig zu spüren gewesen, daß die Krise davon nicht berührt wurde. Der fortschreitende Kartellierungs- und Konzentrationsprozeß hat sogar nicht selten, wie im Eisenhandel, eine nicht unerhebliche Preissteigerung mitten in der schärfsten Krise zur Folge gehabt. Der hohe und höchste Monopolpreis wird so immer mehr zu einer ständigen Erscheinung, das Mißverhältnis zwischen den extrem-kapitalistischen Ausbeutungs- und Profitmethoden und dem gesellschaftlichen Gesamtinteresse bildet sich immer deutlicher heraus.

Die offiziellen Bemühungen zur Erleichterung der Krise sind bisher erfolglos geblieben, weil sie in gar keinem Verhältnis zur Größe der Aufgabe stehen. Der Abbau der Steuerpolitik, deren Charakter von dem Gesichtspunkte der Währungsstabilisierung bestimmt wurde und deshalb notwendigerweise überspannt sein mußte, ist infolge des Vorstoßes kapitalistischer Interessenten, denen der neue Reichsfinanzminister nicht gewachsen war, so gut wie vertagt; war schon der ursprüngliche Abbauplan mangelhaft, so ist das zustande gekommene Kompromiß unter dem Gesichtspunkte der Wirtschaftskrise völlig unzulänglich.

War die Kreditpolitik der Reichsbank schon in der Prosperitätsperiode wenig geeignet, die Wirtschaftslage von der Geldseite her nachhaltig zu beeinflussen, so ist sie während der Depression kaum glücklicher in der Beeinflussung des Geldmarktes gewesen. Reichlich spät, am 12. Januar, erfolgte die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts von 9 auf 8 Prozent und am 26. März, als die privaten Zinssätze fast durchweg schon erheblich darunter standen, die Ermäßigung von 8 auf 7 Prozent. Für diese Haltung der Reichs-

bank lassen sich ohne Zweifel eine Reihe gewichtiger Gründe ins Feld führen, insbesondere die Notwendigkeit, dem Einströmen ausländischen Kapitals durch Beschränkung des inländischen Kredits entgegenzuwirken — als Resultat bleibt immerhin die Tatsache, daß die Zinsbildung vollkommen dem Spiel der freien Kräfte überlassen blieb.

Trotz des lauten privatkapitalistischen Geschreis von dem „Ruin der Wirtschaft“ zeigen die Jahresabschlüsse, die jetzt bekannt werden, daß dieser „Ruin“ recht eigenartig aussieht. Die Dividenden sind ungeachtet der Krise fast so hoch wie in Zeiten guten Geschäftsganges, und die Aktienurse fangen an, unter diesem befruchtenden Profitsegens wieder langsam in die Höhe zu klettern. Nicht alle Wirtschaftszweige haben an dem wieder steigenden Profit gleichmäßigen Anteil. Das Bank-, Textil- und Braukapital haben sich besonders gut behauptet, aber auch andere Industrien, wie die chemische und die Metallindustrie, namentlich einige Großunternehmungen der Fertigungsindustrie haben es verstanden, die Krisenzeit zu einer profitablen Geschäftszeit zu gestalten.

Das alles zusammen genommen hat die Auffassung entstehen lassen, die Krise sei im Rückgang begriffen. Auch in mehreren bedeutenden Geschäftsberichten, wie dem der Deutschen Bank und der AEG, wurde wirtschaftlichem Optimismus Ausdruck verliehen. Solche Meinungen bilden sich zumeist unter Zugrundelegung nur eines Teiles der Wirtschaft. Wir aber haben die Gesamtwirtschaft, und nicht nur die deutsche, sondern die Europas und der ganzen Welt im Auge zu behalten, um zu wissen, wie die Konjunktur sich gestalten wird. Und da müssen wir leider aussprechen: Teilweise und kurzfristige Prosperität ist durchaus möglich, aber für einen allgemeinen und dauernden Konjunkturaufschwung sind die Voraussetzungen noch nicht vorhanden.

Diese leidige Tatsache wird bestätigt durch die theoretischen und statistischen Darlegungen in der Veröffentlichung des Reichsstatistischen Amtes. Nach einer detaillierten Erörterung der mannigfachen Krisenursachen, besonders in den Jahren 1924 und 1925, wird über die tieferen Gründe der Stagnation ausgeführt: „Daß die Unfähigkeit Europas, seine Vorkriegsposition im Welthandel wieder herzustellen — und hier liegt der Kernpunkt aller Hemmungen, die auch die Steigerung der innereuropäischen Kaufkraft verhindert haben —, mit den tieferen technischen und ökonomischen Strukturveränderungen der Weltwirtschaft zusammenhängt, erweist eine Betrachtung derjenigen Industriezweige, die unter der Stagnation des laufenden Jahres in Europa am meisten zu leiden hatten, wie der Kohlenbergbau, die Schwerindustrie und Teile der Textilindustrie.“ Des Übels Kern liegt also, wie wir bereits betonten, in der Differenz zwischen erhöhter Produktionskapazität und verengertem Markt, derzufolge die europäische Kohlenausfuhr nur drei Viertel des Vorkriegsstandes erreichte; in der Schwerindustrie ist sie eher noch ungünstiger und die europäische Textilindustrie verliert auf dem Weltmarkt mehr und mehr an Einfluß. Das aber sind die drei Standardindustrien, die für die Konjunkturbildung von ausschlaggebender Bedeutung sind. Und die Aussichten für die nächste Zeit? Es heißt darüber in der Veröffentlichung: „Und so bleibt das Grundproblem der weltwirtschaftlichen Entwicklung der Nachkriegszeit — die intensive und extensive Erweiterung des Absatzes —

für die europäischen Wirtschaften im Jahre 1925 ungelöst, es sei denn, daß man gerade von den krisenhaften Erscheinungen des Jahres eine Anregung zu wachsender Produktivität und zunehmender Anpassung an die neue Weltlage erwarten darf.“ Von dieser erhofften Anpassung an die neue Weltlage ist nichts zu spüren. Dazu wäre nicht nur produktions- und preispolitisch eine Neuorientierung notwendig, sondern auch handelspolitisch müßte vollkommen neugebaut werden. Dafür sind aber bei den Herrschenden aller Länder keine Anhaltspunkte vorhanden. Der beschränkteste Protektionismus und Monopolismus, der im deutsch-französischen Eisenkartell seine weitere Vollendung erfahren wird, feiern billige Triumphe. Alle privatkapitalistischen Organisationsbestrebungen, die immer nur Teile der Wirtschaft, Kreise und Gruppen umfassen, sind nicht imstande, den gesamtwirtschaftlichen Bedürfnissen zu genügen. Ohne eine organisierte Plan- und Bedarfswirtschaft kommen wir aus dem Dilemma nicht heraus.

Im übrigen bietet die Veröffentlichung des Reichsstatistischen Amtes eine außerordentliche Fülle wertvollen Materials. Darin besteht der Vorzug. Der Nachteil besteht darin, daß es zu spät kommt, um für die Konjunkturvorausbestimmung noch irgendwie von entscheidendem Wert zu sein. Der Schwierigkeiten, die hier in Rechnung zu stellen sind, sind wir uns bewußt. Die Besonderheiten der Wirtschaftslage der Nachkriegszeit erheischen auch von der Konjunkturdarstellung außerordentliche Leistungen, die mit den vorhandenen Mitteln, Kräften und Methoden noch nicht immer erreicht werden. „Während unter den Verhältnissen der Vorkriegszeit eine wirtschaftliche Veränderung, beispielsweise eine Preis- und Zinsbewegung, andere Bewegungen (auf dem Gebiete der Produktion, des Außenhandels, des Verbrauchs usw.) nach sich zog, und zwar nach ziemlich festen und daher vorausberechenbaren Regeln, versagen unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch altbewährte Erfahrungen immer wieder. Denn heute folgt eine Veränderung auf die auslösende Bewegung einmal in ungewöhnlich raschem Tempo, dann wieder bleibt sie völlig aus, wenn nicht überhaupt eine Umkehrung im Bewegungsgrad eingetreten ist.“ Das sind die großen, außergewöhnlichen Schwierigkeiten. Werden sie berücksichtigt, so ist die erste Veröffentlichung der amtlichen Konjunkturforschung immerhin als ein guter Anfang zu begrüßen. Wenn auch das reiche Material den Tagesbedürfnissen nicht in dem Maße nutzbar gemacht werden kann, wie es wünschenswert ist, so ist es doch fraglos ein bedeutsamer Beitrag zum Konjunkturproblem an sich und für die Erforschung des Wesens der kapitalistischen Wirtschaftskrisen.

## Die Preissteigerungen in Frankreich

(Ende März 1926)

Kurt Lenz (Paris)

Nimmt man den in England üblichen Lohnsatz auf der Basis 100 an, so ergibt sich für Amerika 220, für Frankreich 72, für Osterreich 51 und für Italien 47. Jetzt kommt es für die französischen Arbeiter darauf an, sich die Schande zu ersparen, ihren Lohnsatz etwa gar unter den von den Faschisten bewilligten heruntersinken zu lassen.

Die Spanne zwischen Preiserhöhung und Kaufkraft des Arbeiters wird von Tag zu Tag größer. Noch ist eine gewisse Entwicklung im französischen Wirtschaftsprozess zu entdecken. Stürzt aber erst einmal das ganze System in den Abgrund steter Inflation, so wird man den Ansprüchen der Arbeiter um so schwerer nachgeben, als diese infolge der in Frankreich nicht so stark entwickelten Gewerkschaftsbewegung dann oft nicht rechtzeitig genug daran dachten, diese Forderungen mit der nötigen Schärfe vorzubringen.

Die sogenannten „Loucheur-Steuern“, die am 4. Dezember in der Kammer angenommen wurden, brachten Anfang Januar eine erste Preissteigerung in diesem Jahre, obwohl ihre teilweise Einziehung erst Ende Januar und Anfang Februar begann. Die bloße Ankündigung dieser Steuern genügte zur Auswirkung neuer Preiserhöhungen. Dann ging es im Februar und März infolge des Sinkens des Franken weiter mit den Preisen aufwärts, besonders in der Nahrungsmittelindustrie, soweit es sich um Importwaren (vor allem Getreide) handelt. Für April und Mai ist eine größere Preissteigerung besonders noch in Webwaren und allen sonstigen bisher davon verschont gebliebenen Importartikeln zu erwarten.

Soeben werden die offiziellen Indexziffern für Februar bekannt gegeben. Die Preise vom 1. Juli 1914 gelten als Basis (100). Dann ergibt sich bei Berechnung von 45 Artikeln für den 31. Dezember 646, für den 31. Januar 647 und für den 28. Februar 649 im Engros- und Einzelhandel. Bei Einzelaufstellungen bemerkt man nach einer Aufstellung der „Information Sociale“ vom 18. März folgende Besonderheiten:

	Zahl d. Artikel	Ende Februar	Ende Januar	Ende Dezbr.
<b>Nahrungsmittel im ganzen</b> . . . . .	20	535	531	528
Pflanzliche Nahrungsmittel . . . . .	8	534	533	531
Tierische Nahrungsmittel . . . . .	8	515	511	514
Zucker, Kaffee, Kakao . . . . .	4	582	562	542
<b>Industriematerialien im ganzen</b> . . . . .	25	749	748	751
Mineralien und Metalle . . . . .	7	719	698	692
Textilwaren . . . . .	6	872	887	898
Verschiedenes . . . . .	12	698	695	697

Ein Preisrückgang im Februar gegenüber dem Januar ist also nur bei den pflanzlichen Nahrungsmitteln (um 4 Punkte) und bei den Textilwaren (um 15 Punkte) zu sehen, ein Rückgang, der allerdings durch die anderen Warenkategorien wieder bei weitem ausgeglichen wird, so daß sich bei einem Gesamtüberblick eine weitere Kurve nach oben ergibt. Es sind vor allem die einheimischen französischen Industrieprodukte, die dazu beitragen.

Von den Detailpreisen sind am wichtigsten die von Paris, da dieses als Industriezentrum in der wirtschaftlichen Bewegung die erste Rolle spielt. Von der Statistik werden 13 Nahrungsmittel berechnet. Im letzten Jahre waren die Engros- und Detailpreisen um drei bis vier Monate voraus, und leider ist sehr zu befürchten, daß dieser Abstand in diesem Jahre schon viel enger wird. Auch hier gilt wieder 100 für den 1. Juli 1914. Es folgt danach 410 für den 28. Februar vorigen Jahres, 444 für den 30. November, 463 für den 31. Dezember, 480 für Januar und schließlich 495 für den 28. Februar. Das bedeutet gegenüber dem 28. Februar vorigen Jahres eine Steigerung um 20,7 Prozent.



Es bestehen in Frankreich regionale Studienkommissionen, die ebenfalls Statistiken über die Wirtschaftslage aufstellen. Dabei ergeben sich dann als Lebenskosten einer vierköpfigen Arbeiterfamilie im letzten Vierteljahr 1925 an:

	Nahrung	Heizung und Licht	Wohnung	Kleidung	Verschiedenes	im ganzen
für Paris	437	402	220	510	450	421
" Nancy	430	411	218	453	368	397
" Dijon	431	454	212	500	480	480
" Marseille	509	436	281	522	451	475
" Bourdeaux	486	495	231	510	399	440
" Rouen	449	428	260	431	458	427

In Paris war folgendes die Entwicklung im letzten Jahr:

vom 1. Januar bis 31. März	386	vom 1. Juli bis 30. September	401
" 1. April bis 30. Juni	390	" 1. Oktober bis 31. Dezember	421

Die Mieten sind also in Frankreich durch staatliche Regelung ebenfalls besonders niedrig gehalten, wie wir dies auch in Deutschland in früherer Epoche erlebten. Manchen französischen Hauswirten ist es ebenso schwer, sich daran zu gewöhnen, wie es ehemals den deutschen wurde, eine neue Auffassung vom Boden- und damit Mietrecht kennenzulernen, und so erlebte man es vor einigen Tagen, daß ein Hauswirt zur Selbsthilfe griff, indem er zwei widerspenstige Mieterinnen mit stinkenden Gasen austrieb...

Demgegenüber besteht noch eine Statistik der kommunistischen Gewerkschaften; denn die Praxis hat ergeben, daß in Frankreich — wie auch einst in Deutschland — die amtlichen Ziffern nur mit äußerster Vorsicht zu gebrauchen sind, da der amtliche Statistiker das Bestreben hat, die Wirtschaftslage rosiger darzustellen, als sie in Wirklichkeit ist.

Für eine vierköpfige Arbeiterfamilie ergibt sich nach dieser privaten Aufstellung folgendes:

Ausgaben	im Jahre 1914	im Jahre 1926 (auf der Basis der Ende Februar gültigen Preise)
für Fleisch . . . . .	642,10 Fr.	4649,60 Fr.
" Butter, Schweineschmalz, Öl . . . . .	150,— "	835,75 "
" Getränke . . . . .	165,— "	962,50 "
" Kaffee, Schokolade, Zucker . . . . .	126,— "	688,50 "
" Brot . . . . .	245,— "	1260,— "
" Eier, Milch, Käse . . . . .	278,— "	1670,45 "
" Leigwaren, Reis, trockene Gemüse . . . . .	58,50 "	529,— "
" frische Gemüse, Früchte . . . . .	171,— "	880,— "
" Miete . . . . .	350,— "	1150,— "
" Heizung, Licht, Küche . . . . .	170,50 "	938,50 "
" Kleidung . . . . .	588,60 "	3698,— "
" für verschiedene Ausgaben, Unterhalt und Zubehör . . . . .	566,50 "	2875,— "
	3057,20 Fr.	20137,80 Fr.

Daraus ergibt sich:  $\frac{100 \times 20137,80}{3057,20} = 574$  für Ende Februar.

Eine bemerkenswerte Preisenkung ergab sich indes nur für die Butter. Im März kam plötzlich von allen großen Buttermärkten der Normandie (Cherbourg, Cotentin, Coutances, Carentan und Longny) Butter in solchem Maße nach Paris, daß der Preis von 10,25 pro Pfund innerhalb von zwei Wochen auf 8 Franken fiel. Dies liegt nicht nur daran, daß jetzt die Wiesen

wieder anfangen grün zu werden, sondern auch an einem Eingriff der Regierung, die sich endlich zu einer kleinen Verbilligungsaktion entschlossen hat. Nun muß allerdings erst noch wieder in Paris der Kampf der Stadt beginnen, damit verhindert wird, daß die Kaufleute den Preisunterschied einstecken, statt ihn ihren Kunden zugute kommen zu lassen.

Aus der Gesamtaddition aller Posten der Jahre 1914 und 1926 ergibt sich also als einstweilige Indexziffer für die französischen Preissteigerungen die Zahl 574.

## Wege des deutschen Außenhandels

Julian Borchardt (Berlin)

Wenn es auch dem denkenden Verstande ohne weiteres einleuchtet, daß die Geschehnisse der Menschheit und folglich der Verlauf ihrer Geschichte „letzten Endes“ durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmt werden, das heißt durch die Art und Weise, wie die Befriedigung des wirtschaftlichen Bedarfs sich vollzieht, so ist es doch bisher nur in einem Falle versucht worden, den direkten Beweis dieser These zu erbringen, hier allerdings mit durchschlagendem Erfolge, nämlich für den Ausbruch des Weltkriegs. Rosa Luxemburg hat — zum Teil schon vor 1914 — schlüssig nachgewiesen, daß es rein ökonomische Ursachen waren, die mit unabwendbarer Notwendigkeit den Weltkrieg hervorgerufen haben. (Womit natürlich nichts gesagt ist über die Einzelheiten seines Verlaufs, zum Beispiel über die Gruppierung der Mächte, die sehr wesentlich von anderen Faktoren beeinflusst wurden, unter denen die Unfähigkeit der deutschen Diplomatie einen hervorragenden Platz einnimmt. Um nur eins anzuführen: Der objektive wirtschaftliche Gegensatz hätte viel eher zu einem Zusammenstoß zwischen England und Amerika führen müssen, als zwischen England und Deutschland.)

In mehreren früheren Aufsätzen in dieser Zeitschrift\* habe ich mich bemüht, klarzulegen, wo nach Rosa Luxemburgs Lehre die Wurzeln des Weltkriegs stecken: in der Rivalität um den **kolonialen Absatzmarkt**. Trotzdem der gesamte Außenhandel der großen Weltmächte untereinander und mit anderen kapitalistischen Staaten noch auf lange Zeit hinaus bedeutend größer war als ihr Handel mit Kolonien und halbkolonialen Ländern, so lag doch hier der gefährliche Punkt. Die rapide Verengerung des kolonialen Absatzgebietes bedroht das kapitalistische System mit dem Untergang. Deshalb sucht jeder kapitalistische Staat sich dort unter allen Umständen zu behaupten, sei es auch um den Preis der größten Opfer. Der eigentliche Sinn und Zweck des Weltkriegs ist hiernach der gewesen, die eine Partei — in diesem Falle also Deutschland — nicht sowohl vom Weltmarkt, als vielmehr vom **Kolonialmarkt** zu verdrängen.

Allerdings, wer über die eigene Nasenspitze hinaus zu sehen vermag, mußte sich von vornherein sagen, daß der Krieg gar kein geeignetes Mittel war, um die ihm hiernach zufallende Aufgabe zu lösen. Und denkende Sozialisten haben das schon während des Krieges ungeschminkt ausgesprochen,

\* Produktion und Konsum unter dem Großkapitalismus, Jahrg. 1924, Nr. 18—21. Kampf um den Weltmarkt, Jahrg. 1925, Nr. 4—6.

soweit die Zensur sie nicht knebelte. Denn erstens, wenn es wirklich gelang, einen der Konkurrenten — es handelt sich zunächst um die vier Welthandelsstaaten England, Deutschland, Vereinigte Staaten von Nordamerika und Frankreich — endgültig zu beseitigen, so mußte doch das Wachstum der Produktion in den anderen bald dieselbe Überfüllung, dieselbe Absatzverengung wieder hervorrufen und folglich die Welt über kurz oder lang vor dieselben Schwierigkeiten stellen, was nichts anderes als einen abermaligen Weltkrieg bedeuten würde.

Zweitens aber ist es denn überhaupt möglich, einen modernen Welt-handelsstaat, selbst wenn er einen Riesenkrieg verloren hat, endgültig vom Kolonialmarkt abzusperrern? Nicht erst seit Norman Angell wissen wir, daß die Weltwirtschaft ein zusammenhängender Organismus ist, aus dem man keineswegs irgend ein Glied beliebig entfernen kann, zum mindesten nicht ohne die anderen stark zu schädigen. Deutschland hat den Krieg verloren und man hat ihm seine sämtlichen Kolonien weggenommen (was nach meiner Überzeugung ein wahres Glück für Deutschland war). Aber hat man damit seinen Kolonialhandel zerstört? Schon vor dem Kriege hat Deutschland mit den englischen Kolonien einen weit größeren Handel — in Einfuhr wie Ausfuhr — getrieben, als mit den deutschen. Und trotz aller Rivalität ist es den Engländern nicht eingefallen, das irgendwie zu behindern. Denn wenn die Deutschen nicht zum Beispiel Rohstoffe aus englischen Kolonien bezogen hätten, dann hätten sie den Engländern nicht diejenigen Fabrikate liefern können, die diese von ihnen brauchten. Solche Einfuhr aus den Kolonien muß aber durch eine entsprechende Ausfuhr bezahlt werden, das versteht sich in den gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen der Völker von selbst. Wir sehen hier ganz deutlich, wie die Engländer selbst daran interessiert sind, daß die Deutschen einen regen Kolonialhandel treiben. Und so kommen wir zu der trostlosen, niederschmetternden Erkenntnis, daß der Weltkrieg im Grunde vergeblich, umsonst geschlagen worden ist. Die Probleme, die er lösen sollte, sind alle noch da; keines von ihnen ist aus dem Wege geräumt. Sie bedrohen die Zukunft der Menschheit noch genau so wie bisher.

Diese traurigen Erwägungen, welche die ganze Impotenz des kapitalistischen Systems kraß aufzeigen, werden bestätigt durch eine Veröffentlichung im 1. März-Heft der amtlichen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, welche die Wege zeigt, die der deutsche Außenhandel im Jahre 1925 eingeschlagen hat. Rechnen wir die darin gegebenen Zahlen nach den Preisen von 1913 um, so ergibt sich folgendes Resultat (alles in Millionen Mark):

Gesamteinfuhr		Gesamtausfuhr	
1913	1925	1913	1925
11200	9700 = 86,6 vH	10200	6650 = 65,2 vH

Die gesamte Ausfuhr hat also immer erst zwei Drittel der Höhe von 1913 erreicht. Die Einfuhr war größer, wobei die starken Auslandskredite ins Gewicht fallen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß 1925 der Handel mit Danzig, Memel, Oberschlesien, Elsaß-Lothringen als Außenhandel zählt, so daß der Rückstand in Wahrheit noch größer ist, als ihn diese Zahlen erscheinen lassen.

Die Frage ist nun, wieviel von diesen Gesamtzahlen auf den Handel mit kapitalistischen, wieviel auf den Handel mit Kolonialländern entfällt.

Schon in meinen früheren (oben erwähnten) Aufsätzen habe ich darauf hingewiesen, da wir bei dieser Einteilung nicht ganz ohne Willkür auskommen. In Europa habe ich zu den Ländern kolonialen oder halbkolonialen Charakters gerechnet: Albanien, Bulgarien, Griechenland, Rumänien, Montenegro, Serbien, Türkei. In der Tat bieten diese Länder ja ein reges Betätigungsfeld für die Expansion des Kapitals. Im übrigen zählen die Vereinigten Staaten und Japan als rein kapitalistische Länder, alle anderen als Kolonien bzw. Halbkolonien.

Gemäß dieser Einteilung gestalteten sich die Dinge wie folgt:

Einfuhr in Millionen Mark			
	1913	1925	
aus kapitalistischen Ländern	7800	6980	= 89,8 vH von 1913
• Kolonialländern . . .	3400	2890	= 85 " " 1913
Ausfuhr in Millionen Mark			
	1913	1925	
nach kapitalistischen Ländern	8300	5250	= 63,4 vH von 1913
• Kolonialländern . . .	1900	1400	= 75 " " 1913

Was also sehen wir? Insgesamt hat sich der deutsche Außenhandel in der Einfuhr nur auf 86 Prozent, in der Ausfuhr gar nur auf 65 Prozent von 1913 zu heben vermocht. Der Kolonialhandel für sich genommen hat in der Einfuhr ungefähr dieselbe Höhe erreicht, in der Ausfuhr **sie aber ganz bedeutend übertroffen**. Die Ausfuhr nach Kolonien bzw. Ländern halbkolonialen Charakters betrug 1925 bereits 75 Prozent der Höhe von 1913, die nach kapitalistischen Ländern nur 63 Prozent.

Dabei ist abermals zu bemerken, daß die Zahlen des Handels mit kapitalistischen Ländern in Wirklichkeit noch kleiner sind, denn Danzig, Elßaß-Lothringen usw. zählen ja sämtlich zu den kapitalistischen Ländern.

Es zeigt sich somit, daß in den Jahren nach dem Kriege der Handel Deutschlands mit Kolonien — obwohl es eigene Kolonien nicht hat — in stärkerem Maße gewachsen ist als sein Handel mit kapitalistischen Ländern. Genau wie vor dem Kriege trägt es in nachsendem Maße zur Verengerung des kolonialen Absatzmarktes bei. Die Niederlage hat daran nichts zu ändern vermocht.

\*\*\*

## Ein privates Getreidemonopol

Tony Sender

Noch rasch vor Loresschluß, in einer Überhastung und den regulären gesetzmäßigen Weg verletzenden Form wurde vor Ostern im Reichstag ein Beschluß gefaßt, der von großer prinzipieller Bedeutung und von erheblicher volkswirtschaftlicher Tragweite ist. Dieses verkürzte Verfahren, deshalb angewandt, um die Kritik der Öffentlichkeit nach Möglichkeit auszuschalten, darf jedoch keine Veranlassung sein, diesen ungewöhnlichen Vorgang mit Schweigen zu übergehen. Handelt es sich doch um nichts anderes als um die Schaffung eines privaten Monopols für das deutsche Getreide mit dem Zweck der Hebung speziell des Roggenpreises.

Wenn auch nicht zu leugnen ist, daß Teile der deutschen Landwirtschaft sich seit einiger Zeit in einer außerordentlich schwierigen Lage befinden, so



Ist es doch notwendig, diese Art der Hilfe einer genaueren Nachprüfung zu unterziehen, um ihre Wirkung sowohl auf Produzenten wie auf Konsumenten zu erforschen. Zum Teil rührt die Notlage der Landwirtschaft aus dem in der gesamten deutschen Wirtschaft seit der Stabilisierung herrschenden außerordentlichen Kapital- und Kreditmangel. Erschwerend aber kommt speziell für die getreidebauende Landwirtschaft hinzu, daß durch ungeheure, in der Vorkriegszeit beispiellose Preisschwankungen dem Landwirt jegliche Möglichkeit zur Kalkulation genommen ist. So standen beispielsweise im Januar 1924 die Roggen-Monasmittelpreise auf etwa 140 Mk. die Tonne und fielen im Juni 1924 bis auf etwa 128 Mk. Aber in knapp 4 Monaten waren sie bereits wieder auf 224 Mk. im Oktober 1924 gestiegen. Die Steigerung setzte sich fort bis zum Februar 1925, wo der Höchststand von 250 Mk. erreicht wurde. In knapp 8 Monaten hatten sich die Preise also verdoppelt. Dann trat erneut Preisrückgang ein, der mit der neuen Ernte bis zum Jahresende einen Tiefstand von 140 Mk. erreichte. Die daraus geschaffene Unsicherheit springt klar ins Auge: Zuerst Verdoppelung des Preises in knapp 8 Monaten, dann Preisfentung um 50 Prozent im Verlauf von 9 Monaten. Dabei ist aber folgendes zu beachten. Der größte Tiefstand des Preises setzte jeweils mit der neuen Ernte ein, in einem Augenblick also, da die Kapitalknappheit insbesondere die mittlere und kleinere Landwirtschaft zum raschen Verkauf des Getreides zwingt. Der größte Teil der Produzenten ist also gezwungen, zu einer Zeit sehr niedrigen Preisstandes zu verkaufen, während die Preise besonders stark anziehen in der Zeit vor der neuen Ernte. Aber nur zu einem geringen Maße kamen diese hohen Preise dann der Landwirtschaft selbst zu, ihre Nutznießer waren vielmehr in erster Linie der Getreidehandel, die Spekulation. Nun ist gerade im vergangenen Erntejahr eine außerordentlich gute Getreideernte erzielt worden; das war zum Teil zurückzuführen auf die besonders günstigen Wetterverhältnisse, zum andern aber auch auf die erhöhte Verwendung von Kunstdünger und dadurch bewirkte Steigerung des Ertrages. Nun besteht allerdings die Gefahr, daß sich der Landwirt die Frage vorlegt, ob es für ihn noch rentabel ist, durch erhöhte Verwendung von Kunstdünger den Ertrag zu steigern und sich dadurch der Gefahr auszusetzen, daß bei erhöhtem Kostenaufwand dennoch die Gesamteinnahmen nicht steigen oder gar sich zu vermindern in Gefahr sind.

Die gesamte deutsche Wirtschaft aber hat ein Interesse daran, daß der Getreidebau nicht zur extensiven Wirtschaft übergeht. Hat sich doch in den letzten Monaten ein recht erfreuliches Moment gezeigt. In steigendem Maße wurde an Stelle ausländischer Futtermittel der deutsche Roggen zur Verfütterung verwandt, sodaß die ausländische Einfuhr sehr stark gesunken ist. Da aber Deutschland zu starkem Export gezwungen ist, kann die Verbesserung der Handelsbilanz, die aus der Roggenverfütterung herrührt, nur begrüßt werden. Hier geht eine wichtige Umstellung in der landwirtschaftlichen Betriebsführung vor sich, die von mindestens gleicher Wichtigkeit ist, als die in der Industrie erstrebte und vielerörterte Rationalisierung. Nun muß sich natürlich die landwirtschaftliche Betriebsführung an jede Preislage anpassen können. Doch können solche Umstellungen, wie sie jetzt in der Verdrängung ausländischen Futtergetreides durch Roggen und Kartoffeln und die vermehrte Aufzucht von Ferkeln vorgenommen wurden, nur dann als

geglückt angesehen werden, wenn die ihr zugrunde liegenden Preisverhältnisse als dauernd angesehen werden können. Liegt es doch in der Natur der Landwirtschaft, daß bei ihr Umstellungen stets auf lange Sicht vorgenommen werden und daher sehr vorsichtig disponiert werden muß.

Darum ist aus den Verhältnissen einer sich fortentwickelnden deutschen Landwirtschaft geboten, diesen ungeheuerlichen Preisschwankungen zu begegnen. Dies aber um so mehr, als ja jeder weiß, daß der Konsument von dem zuweilen außergewöhnlich niedrigen Preisstand des deutschen Getreides keinen Nutzen hatte. Denn der Brotpreis ist nie annähernd in demselben Maße gesunken, als der des Brotgetreides. Ruknieder der großen Preisspanne war vielmehr hauptsächlich die Börse, die Spekulation. Das wichtigste Nahrungsmittel des Volkes, das Brot, muß aber unbedingt der Spekulation entzogen werden. Und darin begegnen sich durchaus volkswirtschaftliches und Verbraucher-Interesse. Kommt aber die in Aussicht genommene Neuregelung diesem Verlangen nach?

Der Beschluß des Reichstags besagt, daß einer privaten Gesellschaft, die gebildet wird aus dem Stidstoffsyndikat, dem Kalisyndikat und der Verbraucherorganisation der Landwirtschaft, aus den Mitteln der Reichsgetreidestelle 30 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden zur Hebung des inländischen Roggenpreises. Das Reich entsendet zwar einen Reichskommissar in den Verwaltungsrat dieser privaten Gesellschaft, dessen Befugnisse sind aber auf derart rein formale Bestimmungen begrenzt, daß der private Charakter dadurch nicht berührt wird. Und die Millionen Verbraucher? Sie sind durch einen einzigen Delegierten vertreten, den man als Konzessionschulzen ruhig schlucken konnte, vielleicht wird er öfter protestieren, aber Beschlüsse umwerfen vermag er natürlich nicht. Die Hebung des Preises soll dadurch erfolgen, daß im Augenblick eines Preisniederganges die neu zu gründende „Getreidehandels-gesellschaft“ auf den Markt kommt und Getreide aufkauft und durch die so geschaffene zusätzliche Nachfrage eine Hebung des Preises bewirkt. Nur so beiläufig wird davon gesprochen, daß bei zu hohem Preisstand die Getreidehandels-gesellschaft auch durch Veräußerung von Getreide einen Druck auf den Markt ausüben kann — aber bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrates ist wohl kaum ein solcher Preisdruck zu erwarten.

Das Aufsehenerregendste aber: Die 30 Millionen Mark des Reiches werden dieser privaten Gesellschaft gegeben zu lächerlich niedrigem Zinsfuß (beginnend mit  $2\frac{1}{2}$  Prozent) ohne irgendeine Sicherheit, ohne daß die Gesellschaft eine Garantie dafür zu leisten hat. Ein bisher einzig dastehender Vorgang. Das Verlangen, wenigstens das von der Getreidehandels-gesellschaft aufgekaufte und eingelagerte Getreide gegen den „Kredit“ des Reiches zu verpfänden, wurde von den bürgerlichen Parteien geschlossen abgelehnt. Mit Verlaub: Ist denn die Reichskasse so üppig mit Mitteln versorgt, daß sie Summen wie 30 Millionen so ohne weiteres verschenken kann? Seltsamerweise haben wir von solcher Geldflüssigkeit nie etwas gemerkt, als wir in den letzten Monaten immer wieder darauf drängen mußten, daß eine bessere Versorgung der Opfer der Arbeitslosigkeit erfolge. Da hieß es stets, daß die benötigten Mittel nicht zur Verfügung ständen. Jetzt hat man aber die Mittel, um den Erwerbslosen das Brot noch verteuern zu lassen!

Denn nur eine Preiserhöhung ist zu erwarten. Ist doch in den Nicht-

linien, die vom Reichsernährungsministerium ausgearbeitet wurden, gesagt, daß die Preisgestaltung so bewirkt werden soll, daß die Vorkriegsrelation zwischen Weizen und Roggen wiederhergestellt und die leichten Böden weiter mit Roggen bebaut werden können. Die Vorkriegsrelation zwischen Weizen und Roggen aber war die, daß Roggen um 20 Prozent unter dem Weizenpreis erhältlich war. Da der Weizenpreis zurzeit der Beschlußfassung des Reichstags 250 Mk. betrug, würde die Herstellung der Relation einen Roggenpreis von 200 Mk. erfordern. Der Roggenpreis war aber nur 160 bis 165 Mk.! Heißt es aber nicht jeden Fortschritt, jede Veränderung in den wirtschaftlichen Verhältnissen leugnen, wenn man den Vorkriegszustand zur Erstarrung bringen will? Wir haben absichtlich oben von der im Gange befindlichen Umstellung in der Landwirtschaft berichtet, die in einem starken und durchaus erwünschten Übergang zur Roggenverfütterung, also der Veredelung des Roggens durch Umwandlung in tierische Produkte besteht. Diese vermehrte Roggenverfütterung, die Zurückdrängung ausländischen Futtergetreides aber ist nur möglich, wenn sie nicht durch künstliche Hochhaltung der Preise unrentabel wird. Bei der zu erwartenden Preispolitik des privaten Getreidemonopols ist dies indessen zu erwarten; hat doch alsbald nach Bekanntwerden des Planes die Getreidebörse durch eine Preishausse (Steigerung) reagiert! Da aber das meiste Getreide sich bereits in den Händen des Handels und der Mühlen befindet, waren diese hauptsächlich Nutznießer dieser Aktion.

Ebenso aber steht es mit der Bestimmung, daß auch weiterhin die leichten Böden mit Roggen bebaut werden sollen. Tatsache ist, daß in der letzten Zeit in wachsendem Maße die deutsche Bevölkerung zu stärkerem Verbrauch von Weizenbrot übergegangen ist, eine Erscheinung, die in allen industriell stark entwickelten Ländern auftritt. Da mit zunehmender Maschinenarbeit die Berrichtung schwerer körperlicher Arbeit durch den Menschen abnimmt, dagegen die Inanspruchnahme der Nerven eine viel gespanntere ist, ist der Übergang zu leichter verdaulicher Nahrung kein zufälliger, sondern physiologisch bedingt. Zu fördern sind die Bestrebungen fortschrittlicher Landwirte, die zum Teil schon mit Erfolg die Züchtung einer Weizenart erreicht haben, die auch auf manchen leichten Böden gebaut werden kann. Wenn man sich das Ziel steckt, den deutschen Brotgetreideverbrauch möglichst aus eigener Erzeugung zu decken, dann muß auch diese Umstellung in der Landwirtschaft weiter gefördert, nicht aber durch Bestimmungen, wie die oben erwähnte, hintangehalten werden.

Die ganze Grundlage der Neuregelung ist also denkbar oberflächlich und nimmt in keiner Weise das Interesse der Volkswirtschaft wahr. Ein Novum aber stellt es in der Gesetzgebung dar, daß der Beschluß der Eingabe von 30 Millionen gefaßt wurde, ohne daß ein Gesetz durch das Parlament geschaffen wurde. Vielmehr erhält die Regierung die Ermächtigung, so daß sie vollkommen selbständig und ohne jede Kontrolle der Öffentlichkeit die Grundlagen für das Arbeiten der neuen Gesellschaft schaffen kann. Auch hier wurden alle Anträge, die das verhindern wollten, niedergestimmt.

Zweifelhaft ist, ob die Summe von 30 Millionen überhaupt zu dem gestellten Zweck ausreichen wird, so daß selbst mit der Möglichkeit von Nachforderungen zu rechnen ist. Um so mehr ist es notwendig, daß die Öffentlich-

seit jetzt bereits auf die ganzen, die Gründung des privaten Monopols begleitenden Umstände aufmerksam gemacht werde, um auch die Verantwortlichen für die Verschleuderung öffentlicher Mittel und die Brotpreisverteuerung klar zu erkennen. Eine gewisse Preisbeeinflussung durch Ausschaltung der ungeheuren, spekulativen Preisschwankungen liegt durchaus im Interesse der Verbraucher. Aber Voraussetzung ist, daß hierfür eine staatliche Einrichtung geschaffen wird, in der das volkswirtschaftliche und Konsumenteninteresse bestimmend sind und daß vor allen Dingen feste Grenzen für die Preisbemessung gesetzt werden. Ganz abgesehen davon, daß nur vom Binnenmarkt her auf die Dauer die Beeinflussung des Preises überhaupt nicht durchführbar ist, sondern wirksame Maßnahmen nur durch Handhabung sowohl des Binnenmarkts wie des Außenhandels möglich ist. Würde einer staatlichen Stelle diese Aufgabe übertragen werden, so könnte beispielsweise durch zollfreie Einfuhr von Auslandsgetreide ein erheblicher Druck auf zu hohe deutsche Preise ausgeübt werden. Und eine solche Maßnahme vorgeschriebenen Preisdrucks wäre durchaus im Interesse der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes und letzten Endes auch in dem wohlverstandenen Interesse der Erzeuger gelegen. Diese Rücksichten aber waren der Mehrheit des Reichstags bei ihrer Beschlußfassung völlig gleichgültig. Ihr Leitmotiv war: „Es muß etwas geschehen“ — man hatte Angst vor rebellierenden Landwirten nach den Erfahrungen, die man mit den aufgeputzten Winzern in Bernkastel gemacht hatte. Da diese Weinbauern durch Stürmen der Finanzämter Regierung und bürgerlichen Parteien einen tüchtigen Schreck eingejagt und dadurch auch den Scheinerfolg des Erlasses der Weinsteuer erreicht hatten, befürchtete man wohl, dies Beispiel könnte Schule machen. Und darum die überstürzte Maßnahme, von der selbst die Befürworter keinen sicheren Erfolg erwarteten.

Wir wollen nur die Frage aufwerfen: Wie wäre man etwa Erwerbslosen begegnet, die — durch Verzweiflung und Erbitterung getrieben — das Stürmen von Rathhäusern oder Arbeitsämtern gepogt hätten?

## Die wirklich Notleidenden

Heinrich Ströbel (Berlin)

Wenn sich die Lebenshaltung irgend einer Bevölkerungsschicht verschlechtert, die der besitzenden Klasse oder auch dem gewerblichen oder landwirtschaftlichen Mittelstande angehört, gerät die ganze deutsche Öffentlichkeit und Presse in Aufregung. Man denke nur an den Sturm, der unsere ganze deutsche Öffentlichkeit aufwühlte, als sich die Einkommensverhältnisse der **Winger** verschlechterten. Und man vergegenwärtige sich nur, welche Erregung sich unseres ganzen öffentlichen Lebens bemächtigt hat wegen der **Not der Landwirtschaft**. Nicht nur die landwirtschaftliche Fachpresse schlägt Alarm, sondern auch die ganze Tagespresse hallt wider von den Notschreien der Bauern und Großgrundbesitzer. Und in den Parlamenten wettern alle Parteien darin, die Notlage der betroffenen Kreise in den brennendsten Farben zu schildern und schleunigste gesetzgeberische Eingriffe zur Behebung dieser Not zu verlangen und durchzusetzen.



Wie ganz anders, wenn es sich um die Not der Arbeiterklasse handelt. Dann hüllt sich der weitaus größte Teil der bürgerlichen Presse in kühles Schweigen. Und auch die bürgerlichen Parlamentarier kargen aufs äußerste mit ihren Beileidserklärungen und ihren Hilfsforderungen für die notleidenden Proletarier. Es sind dann nur die Organe der Arbeiter selbst, die sich energisch der Arbeiterklasse annehmen.

Die Erklärung für diese immer wiederkehrende Erscheinung ist nicht schwer zu finden. Je weniger eine Klasse an Not und Entbehrung gewöhnt ist, desto schmerzlicher empfindet sie eine über sie hereinbrechende Notlage, desto ungestümer bäumt sie sich dagegen auf. Und die Leiden einer bürgerlichen, einer besitzenden Schicht — handle es sich auch nur um Kleinbesitzer — begegnen bei dem Bürgertum einem ganz andern Verständnis und Mitgefühl, als die Not des klassenfremden Proletariates, das man nun einmal als den Paria der Gesellschaft anzusehen gewöhnt ist. Gilt es aber, die Notlage einer bürgerlichen Schicht in die Welt hinauszuposaunen, so stehen ja sofort neun Zehntel aller Zeitungen zur Verfügung, während die Arbeiterklasse alles in allem nur über wenige hundert Blätter verfügt.

Aber gerade weil dem so ist, kann von der proletarischen Presse gar nicht genug getan werden, um dem häufig genug sehr wenig begründeten Geschrei von der Notlage dieser oder jener Besitzerschicht oder des Besitzes überhaupt die Tatsache der proletarischen Not gegenüberzustellen. Gerade heute, wo dem Besitze, der doch in all den verflossenen Jahren nur 20 bis 30 Prozent der Steuerlasten aufgebracht hat, noch allerhand neue Steuerbergünstigungen eingeräumt worden sind, gerade heute, wo Großbauern und Großgrundbesitzer zum weitaus größten Teil überhaupt keine Einkommensteuer zahlen, ist es besondere Pflicht, wenigstens dem Teile der Öffentlichkeit, an den die sozialistische Aufklärung heranreicht, zu zeigen, wie unendlich viel mehr Ursache die Arbeiterklasse hat, über bitterste soziale Not und brutalste Steuerbelastung zu klagen, als irgendeine andere Volksschicht.

Alle Welt weiß, wie gut es gerade der deutschen Landwirtschaft während des Krieges und nach dem Kriege gegangen ist und daß sich erst seit der Stabilisierung der Währung ihre Einkommensverhältnisse verschlechtert haben. Das Umgekehrte gilt für die Arbeiterschaft. Während all der Jahre der Kriegs- und Nachkriegszeit ist es ihr miserabel gegangen und erst in den allerletzten Monaten war es ihr gelungen, ihr Einkommen annähernd wieder auf den Stand ihres Vorkriegseinkommens zu bringen. Aber selbst diese endlich erreichte Verbesserung ihrer Lage wurde dann wieder durch die ungeheure Arbeitslosigkeit zunichte gemacht!

Wir wollen hier an der Hand der amtlichen Zahlen beweisen, daß es keiner Klasse des deutschen Volkes all die letzten Jahre hindurch so schlecht ergangen ist, wie der Arbeiterklasse. Nur die Beamten litten Jahre hindurch unter der gleichen Not, wie die Arbeiter.

Da hat das Statistische Reichsamt ein Sonderheft veröffentlicht, „Zahlen zur Geldentwertung in Deutschland 1914 bis 1923“, in dem auf Seite 42 die Nominal- und Realwochenlöhne der gelernten und ungelerten Arbeiter in den Jahren 1922 und 1923 mitgeteilt werden. Die Papiermarklöhne der verschiedenen Arbeitergruppen (Berg-, Bau-, Holz-, Metall-, Fabrik-, Reichsbetriebsarbeiter und Buchdrucker) zuzüglich der sozialen Zulagen für die

Chefrau und 2 Kinder werden auf Grund der durchschnittlichen Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten in der Verbrauchszeit in Realwochenlöhne umgerechnet. Danach ergaben sich folgende

Realwochenlöhne (in Mark)			Vom Hundert der Vorkriegslöhne		
	gelernte Arbeiter	ungelernte Arbeiter		gelernte Arbeiter	ungelernte Arbeiter
1913 . . . . .	35,2	24,81	1913 . . . . .	100	100
1922 April . . . . .	25,17	22,71	1922 April . . . . .	71,9	93,4
Juli . . . . .	25,03	22,79	Juli . . . . .	71,5	93,8
Oktober . . . . .	19,20	17,19	Oktober . . . . .	54,8	70,7
November . . . . .	17,95	16,02	November . . . . .	51,3	65,9
Dezember . . . . .	21,57	19,51	Dezember . . . . .	61,6	80,3
1923 Januar . . . . .	17,05	15,45	1923 Januar . . . . .	48,7	63,6
Februar . . . . .	22,23	19,98	Februar . . . . .	63,5	82,2
März . . . . .	27,57	24,79	März . . . . .	78,7	102,0
April . . . . .	25,96	23,34	April . . . . .	74,1	96,0
Mai . . . . .	22,80	20,46	Mai . . . . .	65,1	84,2
Juni . . . . .	22,79	20,42	Juni . . . . .	65,1	84,0
Juli . . . . .	16,80	15,06	Juli . . . . .	48,0	62,0
August . . . . .	23,52	21,—	August . . . . .	67,2	86,4
September . . . . .	21,42	19,02	September . . . . .	61,2	78,2
Oktober . . . . .	18,22	15,74	Oktober . . . . .	52,0	64,8
November . . . . .	18,66	16,04	November . . . . .	53,3	66,0
Dezember . . . . .	24,47	20,86	Dezember . . . . .	69,9	85,0

Diese Zahlen bedürfen keines Kommentars. Sie zeigen, wie gewaltig 1922 und 1923 die Kaufkraft der Löhne der deutschen Arbeiter gegenüber der Vorkriegszeit gesunken war. Bei den **gelernten** Arbeitern in manchen Monaten um 50 Prozent, aber auch bei den **ungelernten** Arbeitern manchmal um ein volles Drittel. Dabei legte die **Reichsindexziffer** für die Lebenshaltungskosten, nach der die Umrechnung der Papiermarktlohnwöchene in Reallohnwöchene erfolgte, bekanntlich **viel zu niedrige Preise** zugrunde, so daß die **wirkliche Kaufkraft** der Löhne sicherlich **noch wesentlich geringer war**, als sie die obigen amtlichen Ziffern veranschaulichen.

Aber so charakteristisch auch bereits diese Zahlen sind, so geben sie für sich allein doch noch kein hinreichendes Bild von der Verelendung der deutschen Arbeiter in diesen Jahren. Die **Not** und der **Ausbeutungsgrad** der **Arbeiterklasse** wird erst vollends deutlich, wenn wir ihn vergleichen mit dem **Einkommen der anderen Bevölkerungsklassen**. Denn zur selben Zeit, wo der Lohnanteil am Volkseinkommen bis über die Hungergrenze hinaus zurückging, **vermehrte sich** der Einkommensanteil der Besitzenden.

Nach der im vorigen Jahre veröffentlichten **Steuerveranlagung des Jahres 1922/23** ergibt sich nämlich auf Goldmark umgerechnet ein insgesamt veranlagtes Einkommen von rund 32 Milliarden. Davon entfielen nur  $13\frac{1}{3}$  Milliarden auf die **Lohnsteuerpflichtigen**, dagegen  $18\frac{1}{2}$  Milliarden auf die **Nichtlohnsteuerpflichtigen**. Und das, trotzdem in dem Lohnsteuereinkommen doch auch die Gehälter von Direktoren und hohen Beamten enthalten waren, und trotzdem das Einkommen des Hausbesitzes und des Geldkapitals damals auf weniger als ein Zehntel des Vorkriegseinkommens beziffert wurde. Allein **Groß- und Kleinunternehmertum** hatten ihren Volkseinkommensanteil, der in der Vorkriegszeit 31 Prozent betragen hatte, auf 55 Prozent gesteigert!

Wie sich die Löhne der Arbeiter zu dem Einkommen von Industrie, Landwirtschaft und Handel verhielten, ergibt sich ferner aus folgender Gegenüberstellung der Indexziffern der **Großhandelspreise**, der **Ernährungskosten** und der **Löhne der Reichsbetriebsarbeiter**, die sämtlich in **Gold** umgerechnet wurden:

	Großhandelspreise	Ernährungskosten	Arbeiterlöhne	
			Gelernte	Ungelernte
1918 . . .	100	100	100	100
1922 . . .	82,0	51,4	28	38
1923 . . .	93,1	71,6	40,5	54

Nur geben auch diese Vergleichsziffern für die Löhne noch ein zu **günstiges** Bild, da für die Beurteilung der Kaufkraft der Löhne nicht die dieser Berechnung zugrunde gelegte Teuerung der **Verdienstzeit**, sondern die der **Verbrauchszeit** zu berücksichtigen ist.

Auch im Jahre 1924 und 1925 blieben die Löhne noch **erheblich hinter den Lebenshaltungskosten** zurück, obwohl die **Wekziffer** des Lebenshaltungsindex sicherlich hinter den wirklichen Kosten beträchtlich zurückbleibt. Hier die Zahlen, die der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Denkschrift **„Die weltwirtschaftliche Lage Ende 1925“** S. 214/15 und 238/39 entnommen sind:

Arbeiterwochenlöhne in Mark

	Gelernte	Ungelernte	Lebenshalt.-kosten
--	----------	------------	--------------------

<b>1913</b>	35,15	23,41	100
-------------	-------	-------	-----

**1924**

Januar	28,25	23,01	112,9
Februar	28,27	22,70	104,0
März	28,99	22,18	106,5
April	30,66	23,04	110,7
Mai	33,35	24,96	114,6
Juni	34,88	25,98	112,2
Juli	35,46	26,37	116,2
August	35,65	26,56	114,0
September	35,70	26,56	116,0
Oktober	36,23	27,05	121,8
November	37,04	27,89	122,5
Dezember	38,18	28,61	122,6

Arbeiterwochenlöhne in Mark

	Gelernte	Ungelernte	Lebenshalt.-kosten
--	----------	------------	--------------------

<b>1913</b>	35,15	23,41	100
-------------	-------	-------	-----

**1925**

Januar	38,78	28,93	—
Februar	39,18	29,23	135,6
März	40,14	29,88	136,0
April	41,26	30,54	136,7
Mai	42,25	31,17	135,5
Juni	42,93	31,71	138,3
Juli	43,90	32,37	143,3
August	44,42	32,86	145,0
September	44,90	33,17	144,9
Oktober	45,10	33,28	143,5
November	45,96	33,90	141,4
Dezember	45,88	33,92	141,2

Man sieht, erst im **November 1925** erreichten die Löhne der **ungelernten** Arbeiter die Steigerung der Lebenshaltungskosten und damit die Kaufkraft der **Friedenslöhne**. Die Löhne der **gelernten** Arbeiter dagegen blieben auch noch im **Dezember 1925 weit darunter**, denn während die Löhne nur auf **130,8 Prozent** des Friedenslohnes gestiegen waren, waren die Lebenshaltungskosten auf **141,2 Prozent** des Friedenslebenshaltungsindex gestiegen! Dazu wurden gerade in dieser Zeit **2 Millionen Arbeiter vollerverblos**, andere Millionen zur **Kurzarbeit** verurteilt!

Daß aber das Einkommen der **Unternehmer** noch immer über dem der **Vorkriegszeit** lag, beweisen die Reichsindexziffern für **Nahrungsmittel** und **Industrienerzeugnisse**. So betrug die **Wekziffer** für **Ernährung** im **Dezember 1925** **146,4**, für **Bekleidung** **172,5**, für **Fertigwaren** insgesamt **152,9**. Gebieten es demgegenüber nicht gleich **dringend volkswirtschaftliche Einsicht** und **Gerechtigkeitsgefühl**, vor allen Dingen und immer wieder von der **Not** der Arbeiter zu sprechen?

# Der Zusammenschluß in der optischen Industrie

Fritz König (Stuttgart)

Unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse zieht die Bewegung zum horizontalen Zusammenschluß gleichartiger Unternehmungen immer weitere Kreise. Nachdem in den verschiedensten Industrien, vor allem in der Schmereisen-, Automobil- und Maschinenindustrie, sowie in der chemischen Industrie horizontale Verbindungen zum Abschluß gelangten, hat ausgangs des Jahres 1925 ein umfassender Zusammenschluß in der optischen Industrie stattgefunden.

Die deutsche optische Industrie hat lange Zeit hindurch eine Art internationale Monopolstellung eingenommen. Jahrzehntlang galt unwiderrprochen, daß dieser Industriezweig der deutschen Wirtschaft dem Ausland gegenüber nahezu konkurrenzlos dastehe. Langjährige mühevolle Arbeit, intensive Beschäftigung deutscher Wissenschaftler und Techniker waren erforderlich, um der deutschen Optik in der Vorkriegszeit eine führende Stellung zu schaffen. Man konnte sich dabei auf alte, Jahrhunderte zurückliegende Erfahrungen auf dem Gebiet der Präzisionstechnik stützen. Neue Bahnen wiesen der Optik durch ihre physikalischen Forschungen Otto Schott und vor allen Dingen Ernst Abbe, der sich außerdem durch die „Carl Zeiß-Stiftung“ auf sozialem Gebiet unvergängliche Verdienste erworben hat.

Die Ereignisse weniger Jahre haben indessen genügt, um die Monopolstellung der deutschen optischen Industrie in so starkem Maße zu erschüttern, daß zeitweise sogar von einer ernstlichen Gefährdung des deutschen Exports gesprochen werden konnte. In erster Linie hat der Krieg dazu beigetragen, die ausländische Produktion auf dem Gebiet der Optik in so erheblichem Maße zu steigern, daß Länder, die früher nicht im entferntesten ihren eigenen Bedarf decken konnten, heute bereits als bedeutende Exportländer aller optischen Artikel angesprochen werden können. So wurde die deutsche Monopolstellung infolge der durch den Krieg großgezogenen Auslandskonkurrenz (namentlich Amerikas, Englands und Frankreichs) schwer erschüttert. Das wachsende ausländische Angebot drückte auf die Preise und zwang die deutsche optische Industrie, sich zur rationellen Ausnützung ihrer Anlagen zusammenzuschließen.

Von den Umgruppierungen und Zusammenschlüssen, die Ende des Jahres 1925 in der optischen und photographischen Industrie vor sich gegangen sind, kommt eine besondere Bedeutung zu der Interessengemeinschaft

## Zeiß-Jca-Ernemann-Contessa-Nettel-Goerz

Die Carl Zeiß-Werke in Jena, die Jca.-A.-G. in Dresden, die Optische Anstalt C. P. Goerz A.-G. in Berlin, die Contessa-Nettel A.-G. in Stuttgart und die Ernemann-Werke in Dresden haben sich zu einer engen Interessengemeinschaft zusammengeschlossen. Zwischen den Zeiß-Werken und der Jca bestand schon vor dem Krieg eine Interessenverbindung, die im Jahre 1920 durch Einbeziehung der Contessa-Nettel-Werke erweitert wurde. Durch den nunmehr auf breiter Basis erfolgten horizontalen Zusammenschluß der genannten fünf Unternehmungen wurde eine Produktionsgemeinschaft der bedeutendsten Produzenten optischer und photographischer Artikel geschaffen, die in der Folge von größter Bedeutung sein kann. Dabei ist allerdings zunächst zu beachten, daß es sich bei dem Zusammenschluß um keine Vertrustung im eigentlichen Sinne handelt. Die rechtliche Selbständigkeit der



Vertragsschließenden Interessengemeinschaftspartner wurde durch den Zusammenschluß in keiner Weise berührt. Wie sich die Interessengemeinschaft in wirtschaftlicher Beziehung gestaltet, ist vorläufig nicht ersichtlich, da die vertragsschließenden Parteien die näheren Bestimmungen des Interessengemeinschaftsvertrages streng geheim halten. So ist zum Beispiel nicht bekannt, ob die Gewinne der einzelnen Firmen zusammengeworfen und nach einem vereinbarten Schlüssel verteilt werden. Die

### Ica-Aktiengesellschaft in Dresden

stellt eine Zusammenschließung photographischer Produzenten aus der Vorkriegszeit dar. Sie ist aus der im Jahr 1897 gegründeten Gesellschaft „Fabrik photographischer Apparate a. N. vorm. R. Hüttig & Sohn“ in Dresden hervorgegangen. Im Jahr 1909 wurde die Ica als sogenannter „Camera-Truſt“ durch Fusion der Hüttig-A.-G., der Emil Wünsche A.-G. und der Camera-Abteilungen der Firmen Carl Zeiß in Jena und Dr. R. Krieger in Frankfurt a. Main mit einem Kapital von 3 Millionen Mark gegründet. Der Zweck des Unternehmens ist Anfertigung und Vertrieb von photographischen und kinematographischen Projektions- und Vergrößerungsapparaten sowie sämtlichen dazugehörigen Bedarfsartikeln; weiter Beteiligung an industriellen und kaufmännischen Unternehmungen, die zu dem Zwecke der Gesellschaft in Beziehung stehen.

Im Jahr 1912 wurde der Einfluß der Ica durch Erwerb der Camera-Fabrik G. Zulauf in Zürich erweitert und im Jahr 1920 trat, wie bereits erwähnt, die Ica mit der Contessa-Kettel A.-G. in Stuttgart in ein Interessengemeinschaftsverhältnis zum Zwecke gemeinsamer Regelung der Produktion und des Verkaufs unter Ausschluß der Konkurrenz. Die Ica steht ihrerseits in einer engen Interessenverbindung mit den Carl Zeiß-Werken in Jena, welche 80 Prozent des Aktienkapitals der Ica im Besitz haben. Die

### Optische Anstalt C. P. Goerz A.-G. in Berlin

wurde im Jahr 1903 gegründet. Die Firma C. P. Goerz brachte ihre in Berlin-Friedenau gelegene optische Anstalt mit Anlagen in Steglitz und Winterstein in Thüringen sowie ihre Filialen in London, New York und Paris in die Aktiengesellschaft ein. Im Jahr 1924 wurden die Werke in Friedenau und Leipzig-Deutschnach nach Zehlendorf verlegt und die Friedenauer Fabrikanlagen auf 10 Jahre an die ACG verpachtet. In den Groß-Berliner Werken werden photographische Cameras, Objektive, Doppelfernrohre, astronomische Fernrohre, Polarisationsapparate, meteorologische Instrumente, Rechenmaschinen und Brillengläser hergestellt; in dem ehemaligen Leipziger Werk Scheinwerfer, Autoscheinwerfer und Projektionslampen. Die Optische Anstalt Goerz besitzt 897 200 Mk. von dem 960 000 Mk. betragenden Aktienkapital der Firma A.-G. Hahn für Optik und Mechanik in Jhringhausen bei Kassel; weiter sämtliche Anteile der Goerz Photochemische Werke G. m. b. H. (Filmherstellung), der Österr.-Ungarische Anstalt C. P. Goerz G. m. b. H. in Wien und der A.-G. C. P. Goerz in Preßburg sowie eine Minderheitsbeteiligung an der Sendlinger Optische Glaswerke G. m. b. H. in Berlin-Zehlendorf. Die

### Contessa-Kettel A.-G. in Stuttgart

wurde im Jahr 1920 gegründet durch Übernahme der bis dahin in der Form einer offenen Handelsgesellschaft betriebenen Firma Contessa-Kettel-Werke August Nagel in Stuttgart. Diese Firma wurde mit ihren Filialen in Neutlingen und Böblingen käuflich erworben und in die neue Gesellschaft eingebracht. Der Sitz derselben wurde nach Stuttgart verlegt. Der Zweck des Unternehmens ist die Fabrikation photographischer Cameras sowie Geschäfte und Unternehmungen aller Art, die sich auf das Gebiet der photographischen, kinematographischen und optischen Industrie beziehen. Die Firma betreibt die Fabrikation seit der Gründung der neuen Firma „Contessa-Kettel A.-G.“, die im Dezember 1920 ins Handelsregister eingetragen wurde, weiter. Von den auswärtigen Filialen wurden die Anlagen in Neutlingen stillgelegt.

Der im Jahr 1920 zwischen der Ica-A.-G. in Dresden und der früheren Firma

Contessa-Nettel-Werke August Nagel abgeschlossene Interessengemeinschaftsvertrag wurde von der neuen Gesellschaft unverändert übernommen. Die

### Ernemann-Werke A.-G. in Dresden

ist diejenige Gesellschaft, die zuletzt der Interessengemeinschaftsgruppe Zeiß-Ica-Goerz-Contessa-Nettel beiträt. Die Gesellschaft wurde im Jahr 1899 unter der Firma Heinrich Ernemann A.-G. für Camerafabrikation gegründet. Seit dem Jahr 1917 firmiert sie „Ernemann-Werke A.-G. Dresden“.

Der Zweck des Unternehmens ist Herstellung und Vertrieb feinmechanischer, optischer und photographischer Waren, insbesondere photographischer und kinematographischer Apparate, Erwerb und Beteiligung an fremden Unternehmungen gleicher und verwandter Art. Im Dresdener Betrieb werden Hand- und Statio-Cameras sowie kinematographische Vorführungs- und Aufnahmeapparate hergestellt. Eine besondere Abteilung stellt Photo- und Kinoapparate sowie Ferngläser und Meßinstrumente für wissenschaftliche Zwecke her. In der Zweigfabrik in Bannowitz bei Dresden werden photographische Platten hergestellt. Die Firma Ernemann steht mit den **Krupp-Werken** bezüglich Herstellung von photographischen Vorführungsapparaten in einem Interessengemeinschaftsverhältnis. Da die F.-G. Zeiß-Ica-Goerz-Contessa-Nettel-Ernemann im Verfolg ihrer Bestrebungen auch einen gemeinsamen Einkauf der Rohstoffe und eine gegenseitige Belieferung mit Halbfabrikation vorzieht, so mag die Verbindung mit Krupp für die Interessengemeinschaft gewisse Vorteile zeitigen.

\*

Die deutsche optische Industrie ist in eine Periode organisatorischer Neuordnung getreten. Die Konzentrationsbestrebungen bezwecken nach Meldungen der beteiligten Kreise eine rationellere Ausnützung der Betriebsmittel, wodurch eine erhebliche Unkostenverminderung eintreten soll. Zum Teil dürften es aber auch gewisse Folgen von Inflationsfünden sein, die nunmehr zum Zusammenschluß drängen; wenigstens lassen beispielsweise die Klagen, die einige Aktionäre in der Generalversammlung der Optischen Anstalt Goerz über die **Thesaurierungspolitik** dieser Gesellschaft erhoben, diese Vermutung zu.

Besonders problematisch liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Stellung der Zeiß-Werke zu den Interessengemeinschaftspartnern Ica-Ernemann-Contessa-Nettel-Goerz. Die Sache ist vorläufig noch recht problematisch und man kann der weiteren Entwicklung in der optischen Industrie mit Interesse entgegensehen. Es hat den Anschein, als ob bei der auf **genossenschaftlicher** Grundlage aufgebauten Carl Zeiß-Stiftung die Fäden zusammenlaufen, die nunmehr die größten **privatwirtschaftlich** geleiteten Unternehmungen der optischen und photographischen Industrie miteinander verbinden. Wenn man das Statut und die Struktur der Carl Zeiß-Stiftung genau betrachtet, ist man von einer solchen Entwicklung nicht sonderlich überrascht. Denn die Stiftung ist wohl eine Produktivgenossenschaft, aber nur hinsichtlich der wirtschaftlichen und produktionstechnischen Interessen, **nicht auch bezüglich der Verwaltung und Leitung**. So kann man sich — wenn auch nicht de jure, so doch de facto — die Carl Zeiß-Stiftung sehr wohl als eine Art Dach- oder Spitzengesellschaft einer Interessengemeinschaftsgruppe vorstellen, deren Zielstreben rein kapitalistischer und privatwirtschaftlicher Natur ist.

Als Ernst Abbe den Entschluß faßte, die Firma Carl Zeiß und die Jenaer Glaswerke Schott und Genossen einer Stiftung zu übereignen, geschah es nach den eigenen Worten des Stifters in der Absicht,

„um für die wirtschaftliche Sicherung und sachgemäße Verwaltung der beiden Unternehmungen auch für eine entferntere Zukunft größere Gewähr zu schaffen, als Privatunternehmer auf die Dauer zu bieten vermögen...“

Es bleibt vorläufig die Frage offen, ob sich die Ideologie und die Wirtschaftspolitik der Verwaltung der Zeiß-Werke noch in den Bahnen des großen Forschers und Philanthropen Ernst Abbe bewegt oder ob „die korrigierende Kraft der Praxis“ nicht schon zu einer Entwicklung geführt hat, die als abwegig bezeichnet werden muß. Man muß sich dabei stets vergegenwärtigen, wie oft heute der Versuch gemacht wird, egoistische und machtpolitische Absichten mit dem Schlagwort „Rationalisierung“ zu verdecken.

Die in der optischen und photographischen Industrie beschäftigten Arbeiter und in erster Linie die Betriebsräte haben alle Ursache, die weitere Entwicklung mit wachsamem Augen zu verfolgen.

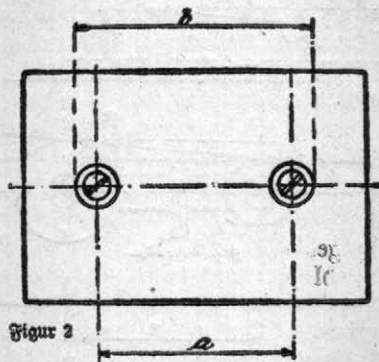
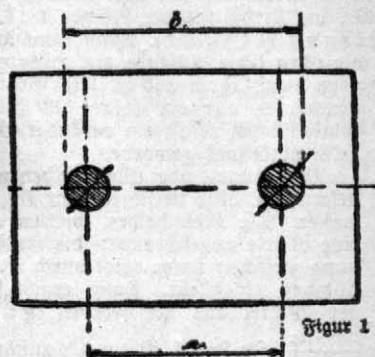
## Aufgaben aus der Genauigkeitsmechanik

Joh. Voigtländer (Bergfelde)

Einige ungewöhnliche Arbeiten und ihre werkstattmäßige Durchführung seien in nachfolgendem beschrieben.

**1. Aufgabe:** Es sind zwei Löcher mit paralleler Achse und vorgeschriebenem Abstand und Durchmesser zu bohren.

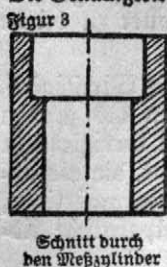
**Lösung I.** Unter gewöhnlichen Werkstattverhältnissen beträgt die Genauigkeit beim Bohren zwei bis drei Zehntel Millimeter. Wird mit größter Genauigkeit angegriffen, mit Anwendung von Kontrollkreisen, dann ist es möglich, die Genauigkeit auf



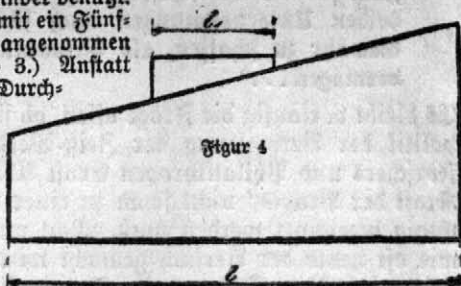
ein bis zwei Zehntel Millimeter zu bringen. Wird nun aber einmal eine größere Genauigkeit, zum Beispiel  $\pm$  zwei Hundertstel Millimeter für den Abstand  $a$ , Figur 1, verlangt, dann gelingt das nicht mehr mit dem Bohren auf vollen Durchmesser mit dem Spiralbohrer. Dann gelangt man durch allmähliche Annäherung besser zum Ziele. Man bohrt zum Beispiel die Löcher mit 2 mm Untermas vor, setzt dann Stifte ein, die genau in diese Bohrungen passen und stellt den Abstand, das heißt das Maß  $b$  fest. Es erfolgt dann ein weiteres Aufbohren mit weiter angenähertem Durchmesser. Man setzt wieder neue Stifte ein und kontrolliert wieder das Maß  $b$ . So geht es weiter, bis man auf den verlangten Durchmesser gekommen ist. Vorhandene Fehler sucht man dabei immer durch Nachfeilen oder Schaben weitgehendst auszumergen.

**Lösung II.** Die gleiche Aufgabe kann man auch auf einem anderen Wege lösen, und zwar dadurch, daß man an Stelle der oben gebrauchten Stifte genau zylindrische,

gehärtete, geschliffene und polierte Meßzylinder benutzt. Die Genauigkeit dieser Meßzylinder kann mit ein Fünfhundertstel Millimeter angenommen werden. (Figur 2 und 3.) Anstatt wie oben ein glattes Durch-



gangsloch zu bohren, bohrt man ein Gewindeloch zur Befestigung des Meßzylinders mittels Zylinderkopfschraube. Damit der Meßzylinder gut aufliegt, ist die Fläche gut eben abzurichten. Ist

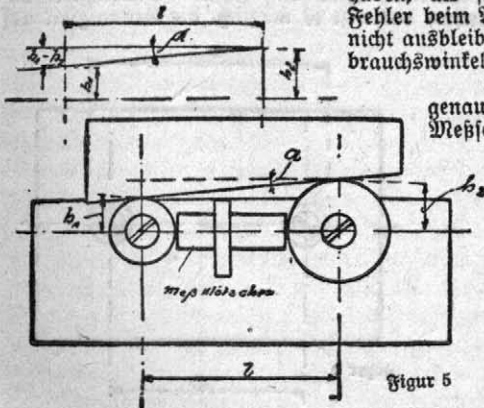


man der Meßzylinder mit der Schraube gut festgezogen und so ausgerichtet, daß das Außenmaß  $b$  genau das verlangte ist, dann wird die zu bohrende Platte auf die Planscheibe einer Drehbank gespannt und mit Hilfe einer Meßuhr wird dann das Arbeitsstück genau laufend nach einem Meßzylinder ausgerichtet. Ist das geschehen, wird dieser Meßzylinder abgeschraubt und das Loch vom Querschlitzen aus mit dem Bohrriahl genau und sauber ausgebohrt. In der gleichen Weise verfährt man dann mit der Herstellung des zweiten Loches. — Es wäre hierzu noch zu bemerken, daß man auf keinen Fall bei solchen Genauigkeitsarbeiten mit der Reibahle die Löcher nachreiben soll. Der Bohrriahl allein soll hier die Arbeit leisten. Man kann so nicht nur genaue, sondern auch saubere und glatte Löcher erzielen.

**2. Aufgabe:** Herstellung eines Winkelstückes unter Einhalten eines genauen Winkels.

**Lösung I** (Figur 4). Koh messen kann man den Winkel mit einer guten Schmiege und dabei eine Genauigkeit von einem Grad ohne Schwierigkeit erreichen.

Will man aber eine größere Genauigkeit erreichen, so stellt man sich zweckmäßig ein Hilfswinkelstück her. Dieses Hilfswinkelstück muß eine bedeutend größere Länge haben, als sie das verlangte Winkelstück hat. Die Fehler beim Ausmessen des Hilfswinkelstückes werden nicht ausbleiben, sie verringern sich aber bei dem Gebrauchswinkelstück im Verhältnis der Längen 1:1.



**Lösung II** (Figur 5). Man kann auch genau wie oben diese Aufgabe mit Hilfe von Meßscheiben durchführen und es ist im Grunde genommen nur ein Ersatz des Hilfswinkelstückes, es ist ein veränderliches Hilfswinkelstück geworden.

Man nimmt zwei Meßscheiben von bekanntem, aber verschiedenem Durchmesser. Die Meßscheiben werden auf eine Platte angeschraubt; die Entfernung zwischen ihnen wird durch Meßklötzchen eingestellt. Dann ergibt sich der Winkel aus der Formel  $\text{tg } d = \frac{h_2 - h_1}{l}$ . In Fig. 5 ist zur Veranschau-

lichung die geometrische Figur oben herausgerückt. Mit verschiedenen Meßscheiben kann man eine ganze Reihe von Winkeln auf diese Weise bestimmen. Es geht dieser Arbeit allerdings immer erst eine Berechnung voraus; da aber in der Regel solche Arbeiten vereinzelt vorkommen, so kann man diese Mühe schon in Kauf nehmen. Die Meßscheiben werden außerdem auch für andere Zwecke verwendet, ebenso die Meßklötzchen; so ist der Stoffaufwand verhältnismäßig gering und das ganze Hilfswerkzeug handlicher als das oben geschilderte Hilfswinkelstück. Wenn der Werkzeugmacher mit der Winkelberechnung nicht zu Rande kommt, kann ja der Betriebstechniker einspringen. Es ist auf jeden Fall von Vorteil, wenn man die einmal benutzten Verhältnisse schriftlich niederlegt. Die Notwendigkeit eines Wiedergebrauchs kann sich immer einstellen und dann hat man wenigstens die Vorarbeiten erpart.